

der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 1/2022



Die Versprechen der Ampelkoalition

Wiedergutmachung unmöglich? Ein Kommentar

Hassliebe zweier Diktatoren

Aktuell

- 3 Bundesstiftung Aufarbeitung
verurteilt das Verbot von Memorial
Kongress – 70 Jahre Zwangsausiedlungen an
der innerdeutschen Grenze – Aktion „Ungeziefer“ 1952
29./30. April 2022
Deutsch-Deutsches Museum in Mödlareuth wird ausgebaut

Recht

- 4 Die Versprechen der Ampelkoalition

Aufarbeitung

- 5 Malchow erinnert an die Opfer der Werwolf-Tragödie
Ein Kundschafter des Friedens und sein Aufsichtsratsposten
bei Schalke 04
6 Stellungnahme der Interessengemeinschaft
ehemaliger DDR-Flüchtlinge e.V.
7 Wiedergutmachung unmöglich? Ein Kommentar

International

- 8 Kuba – die (fast) vergessene Urlaubsinsel
Nordkorea – Geplatzte Blütenträume
10 Erklärung der Plattform Gedächtnis und Gewissen
zur Auflösung der Russischen Internationalen Gedenk-
organisation Memorial

Berichte

- 11 Bericht über die Entscheidung des Bezirksgerichts
in Domažlice (Taus)
100 Geschichten
12 Erinnerungen an die Aktion „Feind ist, wer anders denkt“
13 Gedanken zum Volkstrauertag 2021

Geschichte

- 14 Hassliebe zweier Diktatoren
15 Haftbedingungen in Gera und Waldheim 1958–59

Verbände

- 16 Gerald Wiemers ist tot
Wir nehmen Abschied von Johannes Kirsch
17 Rainer Buchwald ist von uns gegangen
In Memoriam Rainer Buchwald
UOKG fordert Stasi-Aufarbeitung auch im Westen

Service/Bücher

- 18 Jugend im Kalten Krieg
Der Rufer aus der Wüste
19 Studienteilnehmer gesucht – „Spezifische Wirkfaktoren in
Beratungsprozessen mit SED-Unrechtsopfern“
Zeitzeugen gesucht

Umschlagbild

Lern- und Gedenkort Kaßberg e.V.

Das Foto zeigt den Zeitzeugen Michael Schlosser, Abteilungsleiter Markus Franke vom Staatsministerium für Wissenschaft, Kultur und Tourismus, den Chemnitzer Oberbürgermeister Sven Schulze, den Vereinsvorsitzenden Jürgen Renz und Cegewo-Geschäftsführer Jens Kroll beim symbolischen Ersten Spatenstich.

*Foto: Doreen Schmitt/Lern- und Gedenkort
Kaßberg-Gefängnis e.V. Chemnitz*

Wie weiter mit der Rentenberechnung für DDR-Übersiedler?

Im Rahmen einer Festansprache zum 30. Gründungsjubiläum der UOKG kam es zu Missverständnissen bei Leserinnen und Lesern des Beitrages im Stacheldraht. In meiner Festansprache, die sich vor allem an die anwesenden Vertreterinnen und Vertreter der Politik richtete, habe ich am Beispiel des Rentenüberleitungsgesetzes (RÜG) ausgeführt, dass „ein Gesetz wohl rechtmäßig, aber dennoch ungerecht sein kann“. Teilweise sorgte das für Unmut bei Betroffenen. Meine Absicht war es, deutlich zu machen, wie das Verständnis von Abgeordneten und Verwaltung über die Rechtmäßigkeit oder Rechtswidrigkeit von Gesetzen oder Verwaltungshandeln ist. In unserem Rechtssystem gelten Gesetze und Verwaltungsakte so lange als rechtmäßig, bis ein Gericht etwas anderes feststellt. Selbstverständlich ist die jetzige Situation für Betroffene vollständig unbefriedigend und es ist selbstverständlich richtig und notwendig, dass wir uns weiterhin bemühen beim Gesetzgeber

unsere Sicht der Dinge darzustellen um Veränderungen zu erreichen.

Das Problem liegt darin, dass die bloße Behauptung der Rechtswidrigkeit eines Gesetzes oder Verwaltungsaktes nicht zu einer Veränderung der Verfahrenspraxis führt. In den vergangenen Legislaturperioden gab es immer wieder Petitionen von Betroffenen die im Petitionsausschuss des Bundestages behandelt wurden und an das Fachministerium abgegeben wurden. Veränderungen zum Besseren hatte dies nicht zur Folge. Aktuell läuft eine Beschwerde/Petition des Interessenverbandes (IEDF) auf deren Bescheidung wir warten. Der Ausgang ist ungewiss.

Dennoch werden wir nicht aufgeben und uns weiter bemühen in Gesprächen Überzeugungsarbeit in der Politik für eine Änderung dieser mehr als unbefriedigenden Situation der Betroffenen zu erreichen.

Ihr Dieter Dombrowski

Bundesstiftung Aufarbeitung verurteilt das Verbot von Memorial International in Russland

Berlin, 28.12.2021. Die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur verurteilt das von Russlands Oberstem Gerichtshof am 28. Dezember 2021 verhängte Verbot von Memorial International in Russland aufs Schärfste. „Die Entscheidung des obersten Gerichts in Moskau, die Menschenrechtsorganisation Memorial International aufzulösen, ist ein politisch motivierter Akt, um die wichtigste Aufarbeitungs- und Menschenrechtsorganisation in Russland mundtot zu machen“, erklärte die Direktorin der Bundesstiftung Aufarbeitung Anna Kaminsky. Mit fadenscheinigen Begründungen entledige sich der russische Staat einer NGO, die sich wie keine andere für die historische Aufklärung der politischen Repressionen und Verbrechen während des Stalinismus in der Sowjetunion einsetzt. „Das Urteil ist ein Angriff auf die unabhängige Geschichtsaufarbeitung und die Zivilgesellschaft in Russland, die mundtot gemacht werden sollen“, sagte Kaminsky.

Die Bundesstiftung Aufarbeitung fordert in einer gemeinsamen Erklärung mit anderen Institutionen die Bundesregierung und die Europäische Union dazu auf, alles in ihren Möglichkeiten Stehende zum Erhalt der Arbeit und des Archivs von Memorial sowie zum Schutz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu tun. Die

gemeinsame Erklärung finden Sie hier: www.zeitschrift-osteuropa.de/blog/memorial-verbotten/

Weitere Informationen erhalten Sie von: Arne Kirsten
t.guenther@bundesstiftung-aufarbeitung.de



Memorial-Mahnwache-vor-Runder-Ecke
Foto: Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke (Reiner Justen)

Kongress – 70 Jahre Zwangsaussiedlungen an der innerdeutschen Grenze – Aktion „Ungeziefer“ 1952 29./30. April 2022

Vor 70 Jahren wurde im Mai/Juni 1952 in der DDR die erste Zwangsaussiedlungsaktion aus dem Sperrgebiet an der innerdeutschen Grenze durchgeführt. Aus diesem Anlass wird die UOKG in Kooperation mit der Landesbeauftragten Sachsen-Anhalts Birgit Neumann-Becker am 29./30. April 2022 im Roncalli-Haus in Magdeburg einen Kongress in Präsenz planen und veranstalten. Der Kongress wird von der Bundesstiftung Aufarbeitung

gefördert. Der Kongress soll die Ereignisse der Zwangsaussiedlungen an der innerdeutschen Demarkationslinie von 1952 anhand von Fachvorträgen und Filmsequenzen in den historischen Kontext einordnen und perspektivreich erläutern. In einer Podiumsdiskussion sollen Zeitzeuginnen und Zeitzeugen zu Wort kommen und ihre persönlichen Erlebnisse schildern können. Zusätzlich sollen die Bemühungen für eine Wieder-

gutmachung als Ausblick thematisiert werden.

Bei Interesse zur Teilnahme an dem Kongress wenden Sie sich bitte an Petra Dombrowski, Koordinatorin Vorstand und Verbände.

Senden Sie bitte eine E-Mail an p.dombrowski@uokg.de oder rufen folgende Telefonnummer 030/55 77 93 51 an.

Deutsch-Deutsches Museum in Mödlareuth wird ausgebaut

Das Deutsch-Deutsche Museum im ehemals geteilten Dorf Mödlareuth an der bayrisch-Thüringischen Grenze soll erweitert und modernisiert werden. Die Ausschreibungen für die Baumaßnahmen haben laut Landratsamt Hof bereits begonnen.

Robert Lebegern M.A.

Deutsch-Deutsches Museum Mödlareuth, Mödlareuth 13, 95183 Töpen
Tel. 09295-1334; Fax 09295-1319; E-Mail robert.lebegern@museum-moedlareuth.de
<https://moedlareuth.de/journal.html/>

Archiv-Führungen

Öffentliche Führungen durch das Archiv der BStU, Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig, finden jeden letzten Mittwoch im Monat um 17 Uhr statt. Gruppenführungen sind nach Voranmeldung jederzeit möglich, Tel. (0341) 22473211.

Anträge auf Akteneinsicht können zur Führung gestellt werden. Dazu wird ein Personaldokument benötigt.

Die Versprechen der Ampelkoalition

In einer der vergangenen Ausgabe des „stacheldraht“ hat sich Dieter Dombrowski in seinem Editorial schon zu den Erwartungen an die neue Bundesregierung geäußert.

Der Koalitionsvertrag von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP wurde Ende November vorgestellt und Anfang Dezember erfolgte die Vereidigung der neuen Bundesregierung.

Im Vorfeld hatte die UOKG, wie zu jeder Bundestagswahl, den demokratisch gewählten Parteien im Bundestag seine Wahlprüfsteine gestellt. In diesem Jahr einigten sich alle Parteien (außer AfD) darüber, dass Wahlprüfsteine nur noch über ein Onlineportal gestellt werden konnten. Dabei waren die Fragen auf maximal 8 begrenzt. Was man davon halten soll, kann jeder für sich beantworten.

Nichtsdestotrotz haben alle Parteien auf die Fragen geantwortet. Nur von der AfD, die die Fragen über postalischen Weg erhalten hatte, blieb eine Antwort aus. Die Fragen mit den entsprechenden aufschlussreichen Antworten sind auch weiterhin über die Homepage der UOKG (www.uokg.de) abrufbar.

Auch die SED-Opferbeauftragte im Deutschen Bundestag, Evelyn Zupke, hat mit ihrem am 09. November 2021 veröffentlichten ersten Bericht dringende Handlungsbedarfe für die Opfer der SED-Diktatur benannt. Ebenso wirkten die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur sowie die jeweiligen Landesbeauftragten der neuen Bundesländer auf die Politik ein, um möglichst viele Forderungen und Anliegen in den Koalitionsvertrag zu platzieren.

An verschiedenen Stellen des Koalitionsvertrages finden sich Passagen, die sich mit dem Thema SED-Unrecht auseinandersetzen.

So heißt eine eigene Überschrift auf Seite 110 „SED-Opfer“ und führt aus:

„Im Einvernehmen mit den Ländern erleichtern wir die Beantragung und Bewilligung von Hilfen und Leistungen für Opfer der SED-Diktatur, insbesondere für gesundheitliche Folgeschäden, passen die Definition der Opfergruppen an die Forschung an und dynamisieren die SED-Opferrente. Wir richten ergänzend einen bundesweiten Härtefallfonds für die Opfer ein und entwickeln hierfür die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge weiter.“

Unter dem Punkt „Erinnerungskultur“ ab Seite 125 wird Folgendes ausgeführt:

„Wir begreifen Erinnerungskultur als Einsatz für die Demokratie und Weg in eine gemeinsame Zukunft. Wir schützen unsere Gedenkstätten. Die Gedenkstättenkonzeption des Bundes werden wir unter Einbezug des Deutschen Bundestages, der SED-Opferbeauftragten und der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas sowie im Zusammenwirken mit den in diesen Bereichen Aktiven aktualisieren und die Gedenkstättenarbeit auskömmlich finanzieren. Lokale Initiativen wollen wir fördern und Berichte von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen digital zugänglich machen. Wir treiben die Geschichtsvermittlung der und in die Einwanderungsgesellschaft voran. Das Förderprogramm ‚Jugend erinnert‘ wird verstetigt und modernisiert. Wir fördern Forschung in Gedenkstätten.“

„Wir werden die Bundesstiftung Aufarbeitung stärken. Wir werden die festgeschriebenen Standorte der Außenstellen des Stasi-Unterlagen-Archivs qualitativ entwickeln. Die begleitende Forschungs- und Bildungsarbeit wird unterstützt. Wir unterstützen die Einrichtung des Archivzentrums SED-Diktatur und die Weiterentwicklung der ehemaligen Stasi-Zentrale in Berlin zum Campus für Demokratie.“

„Wir wollen der Geschichte der Demokratie in Deutschland und ihren Orten mehr Sichtbarkeit verleihen. Die Förderung auch der Orte der Friedlichen Revolution ist uns ein besonderes Anliegen.“

Letztlich findet sich auch noch auf Seite 37 unter „Naturschutz und Biodiversität“ folgender Satz:

„Wir unterstützen die Ausweisung des europäischen Grünen Bandes und berücksichtigen dabei auch die Erinnerungskultur und begangenes SED-Unrecht.“

Die neue Regierung hat sich also auch für die Betroffenen von SED-Unrecht einiges vorgenommen, auch wenn es sich eher um allgemeine Äußerungen handelt, statt um konkrete Vorhaben.

Der Umgang mit gesundheitlichen Folgeschäden, was nach wie vor zu einer der größten Baustellen gehört, wird explizit angesprochen. Hier ist mit Spannung zu erwarten, wie eine praktische Umsetzung erfolgen soll. Zu begrüßen ist selbstverständlich auch die Dynamisierung der Opferrente, wobei hier zu bemerken ist, dass schon jetzt alle fünf Jahre eine Überprüfung der Bezüge gesetzlich festgelegt ist.

Ganz konkret benannt wird erfreulicherweise die Schaffung eines bundesweiten Härtefallfonds. Damit wird eine langjährige Forderung erfüllt. Mit der Ansiedelung bei der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge wird auch eine kompetente Bearbeitung der zu erwartenden Anträge sichergestellt. Bisher können nur Betroffene, die ihren Wohnsitz in Berlin, Brandenburg oder Sachsen haben, sich an einen entsprechenden landeseigenen Fonds wenden. Aber wie wir alle wissen, leben die Betroffenen von SED-Unrecht im gesamten Bundesgebiet, weshalb die Schaffung eines bundesweiten Fonds nur zu begrüßen ist. Hinsichtlich der durchaus positiv zu bewertenden Aussagen zur Erinnerungskultur ist insbesondere die Aktualisierung der Gedenkstättenkonzeption zu beachten, welche selbstverständlich sehr kritisch von Seiten der UOKG verfolgt werden wird.

Abschließend das entsprechende Statement von Dieter Dombrowski: „Die Koalitionsparteien haben einen Teil unserer Forderungen direkt in diesen Koalitionsvertrag aufgenommen. Dies ist erfreulich und mehr als in manch anderem Koalitionsvertrag. Die Wahrheit ist aber auch, dass weiterhin viele Fragen offen bleiben. Diesen offenen Fragen werden wir auch in Zukunft mit Nachdruck nachgehen.“

Ass. jur. Benjamin Baumgart
(20.12.21)

Umzug?

Dann vergessen Sie bitte nicht, an die Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Ihre neue Adresse zu schicken. So lassen sich Lieferausfälle vermeiden.

Malchow erinnert an die Opfer der Werwolf-Tragödie

Als der Opfer der Werwolf-Tragödie in Malchow gedacht wurde, gab es mit dem Röbeler Bürgermeister einen besonderen Gast.

Mädchen wie Jungen, die des Werwolf-Daseins verdächtigt wurden, wurden zu Unrecht gefoltert, verurteilt und inhaftiert. Dieses grausame Schicksal erlitt auch Werner Sprick, der Vater des Röbeler Stadtoberhauptes Andreas Sprick (CDU). Anlässlich des Gedenkens der Werwolf-Tragödie in der Malchower Gartenstraße sprach Stadtchef Sprick erstmals für das, was neben seinem Vater auch 33 Malchower Jugendlichen zugestoßen war: Sie wurden verdächtigt, einer Hitler-Jugendbewegung anzugehören, die als Partisanen gegen die heranrückende Sowjetarmee kämpfen sollte.

Direkt vom elterlichen Hof abgeholt

Heute sind die Opfer rehabilitiert, doch damals wurden ganze Leben zerstört. Für Werner Sprick und dessen Bruder Wilhelm begann das Grauen am 25. September 1945. An diesem Tag wurden sie abgeholt. Direkt vom elterlichen Hof in Fincken unweit von Röbel.

Die Sprick-Geschwister waren nicht allein. Auch vier weitere Jungen wurden verhaftet. Werner Sprick war damals 16 Jahre alt. „Es ist unbekannt, wie es zur Verhaftung kam“, erzählte Andreas Sprick erstmals über das Schicksal seines Vaters und Onkels im Rahmen der Malchower Gedenkveranstaltung. Spricks Angehörige, beide bereits verstorben, wurden nach ihrer Verhaftung in den Kellern des GPU-Geheimdienstes in Röbel, Waren und später in Schwerin verhört. Als sie schließlich vor ein sowjetisches Militärgericht gestellt worden waren, wurden sie freigesprochen – zunächst. Im August 1946 folgte eine zweite Verhandlung vor dem Militärgericht. Dort wurden die Sprick-Brüder wegen antisowjetischer Propaganda zu einer acht Jahre währenden Freiheitsstrafe verdonnert.

Aufenthalte in mehreren Internierungslagern folgten. 1948, also nur rund zwei Jahre später, „waren bereits drei der sechs Finckener Jungen an den Folgen der unmenschlichen Haft verstorben“, sagte Sprick. Seine Angehörigen hätten die Haft überlebt, seien „im Oktober 1950 mit schweren seelischen und körperlichen Schäden entlassen“, erzählte

Röbels Stadtchef die Geschichte mit gesenktem Kopf zu Ende.

600 Zeichnungen von der Haftzeit

Wilhelm Sprick fertigte über 600 Zeichnungen mit Szenen aus der Haftzeit an. Es sind verstörende Motive. Sie zeigen auch eine Begebenheit, die sich auf einem Marsch zugetragen haben soll. Werner Sprick drohte, vor Schwäche zusammenzubrechen. Er sollte daher erschossen werden. Sein Bruder Wilhelm und ein anderer Mithäftling stützten den Jugendlichen. So brachten sie ihn gemeinsam ins nächste Lager und retteten ihm damit das Leben.

Organisator Horst Vau aus Neubrandenburg konnte zur Gedenkveranstaltung mehr als 50 Menschen aller Generationen zum Gedenkort in der Gartenstraße holen. Seit dem Volkstrauertag ist der Erinnerungsort um eine Gedenktafel reicher. Sie benennt die 13 der 33 Malchower Jugendlichen, die die stalinistische und kommunistische Gewalt nicht überlebten.

Quelle: Susann Salzmann, Nordkurier, 15.11.21

Ein Kundschafter des Friedens und sein Aufsichtsratsposten bei Schalke 04

Im Juli 2019 wurde Matthias Warnig, ein ehemaliger Leiter des Referats 5 der Spionageabteilung XV des MfS, als Nachfolger von Sergey Kupriyanov in den Aufsichtsrat von Schalke 04 berufen. Nicht die Mitglieder des traditionellen Fußballvereins aus dem Ruhrgebiet haben Warnig in den Aufsichtsrat berufen, sondern allein der russische Staatskonzern Gazprom.

Als „Kundschafter des Friedens“ war Warnig von 1986 bis 1989 als Offizier im besonderen Einsatz (OibE) in West-Deutschland tätig. Für seine Spionagetätigkeiten auf dem Gebiet der ehemaligen Bundesrepublik hat er zum 25. Republikgeburtstag der DDR, am 07. Oktober 1989, von Erich Mielke persönlich die „Medaille für treue Dienste in der Nationalen Volksarmee in Gold“ erhalten. Zeitgleich, als die Volkspolizei auf friedliche Demonstranten auf den Straßen von Ost-Berlin einschlugen, weil sie für

Perestroika und Veränderung in der DDR demonstrierten.

Warnig gibt sich schweigsam, wenn er auf seine geheimdienstliche Vergangenheit bei der Stasi angesprochen wird. In einem Interview mit der Presse vom 08.02.2018 antwortete Warnig auf die Frage nach seiner Vergangenheit: „Meine Tätigkeit bei der Staatssicherheit ist natürlich etwas, was mich mein ganzes Leben begleiten wird. Es gibt viele Menschen, die das nach wie vor kritisch und äußerst negativ sehen. Und ich möchte nicht Diskussionen und Konfrontationen auslösen, die ich an der Stelle auch nicht brauche.“ Das wäre aber genau das gewesen, was man von ihm erwartet hätte. Eine Selbstreflexion mit einer kritischen Betrachtung seiner MfS-Vergangenheit, auch den Opfern des Kommunismus in Ost- und West gegenüber geschuldet.

In den Social-Media Foren von Schalke 04 wurde auch über die Berufung Warning's als Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzenden diskutiert: „[...] ich denke, dass ist eine Kröte, die man zwar mit Bauchschmerzen aber dennoch mit Fassung ertragen kann. [...] ich persönlich finde diese Personalie bedenklich. Nicht primär wegen seiner Stasi-Tätigkeit, soweit ich weiß, hat er ja im Bereich der Wirtschaftsspionage gearbeitet und nicht Personen, wie z.B. die Inlandsabteilung der Stasi, Personen „zersetzt“. [...] man sollte 30 Jahre nach dem Fall der Mauerfall auch allmählich mal zu normalen Umgang mit Personen fähig sein, selbst wenn sie aus heutiger Sicht in der Vergangenheit miesen Berufen nachgegangen sind.“

Aus ökonomischer hat der russische Staatskonzern Gazprom mit seinem Sponsoring bei Schalke 04 alles richtig gemacht. Es hat seinen Bekanntheitsgrad



drastisch erhöht und er hat sein Gasprodukt auf den deutschen Markt platziert. Als Coup aber hat er einen ehemaligen Auslandsagenten und Leiter einer MfS-Spezialeinheit in den Aufsichtsrat eines westdeutschen Fußballvereins mit Tradition implementiert, und somit aktiv dazu beigetragen, dass sich das Meinungsbild der Fans und Mitglieder des Vereins bzgl. der Verbrechen in der Zeit des Kommunismus relativieren.

Auf der Homepage des Fußballvereins Schalke 04 ist bei Lebensläufen der Aufsichtsratsmitglieder veröffentlicht, dass Warning von 1981 bis 1989 verschiedene Ämter in der Regierung der DDR ausübte. Nicht einmal das zeigt das Bewusstsein der Verantwortlichen des Vereins zu Lustration.

Dass die DDR auch in der Zeit von 1981 bis 1989 kein Rechtsstaat war, und der Auslandsgeheimdienst der DDR auch nicht vor Verbrechen in West-Deutschland und West-Berlin halt machte, sollte dem Vorstand des Fußballvereins eigentlich bekannt sein. Aber offenbar kennen weder Vorstand noch Mitglieder und Fans des Vereins Verbrechen der Stasi in West-

deutschland. erinnert sei hier nur an die mehrfach versuchte Tötung des Schriftstellers und DDR-Dissidenten Jürgen Fuchs in West-Berlin durch das MfS. Es sei aber auch an die Aktivitäten des DDR-Auslandsgeheimdienstes im Fußballsport selbst erinnert. Nach einem Fußballspiel des DDR-Fußballklubs BFC Dynamo Berlin in Kaiserslautern am 29. März 1979 kehrte der Fußballspieler Lutz Eigendorf nach dem Spiel nicht mehr in die DDR zurück. Eigendorf wurde anschließend bis zu seinem frühen Tod am 07. März 1983 vom MfS überwacht. Eine Beteiligung des MfS am tödlichen Autounfall von Eigendorf konnte nie eindeutig ausgeschlossen werden.

Und Matthias Warning? Er wird sich nicht mit seiner wahren Identität und als ehemaliger Leiter einer Spezialeinheit des MfS in der Zeit des Kalten Krieges bei Unternehmen mit hohen Sicherheits- und Geheimstufen in Nordrhein-Westfalen eingebracht haben. Dies aufzuarbeiten wäre dringend notwendig.

Das Land NRW hat mit der Bewilligung der Corona-Bürgerschaft für Schalke 04 eine Chance vertan, seiner Verantwortung um Demokratiebildung für Kinder

und Jugendlichen im Sportbereich gerecht zu werden. Es hätte, wie bei anderen Unternehmen auch, die Staatshilfen zu Corona beantragt haben, Forderungen stellen können. Eine Lustration für Matthias Warning wäre möglich gewesen. Der Sponsoringvertrag zwischen Gazprom und Schalke 04 läuft in 2022 aus. Das Land NRW sollte dem Verein jetzt schon mitteilen, dass sie künftig keine Förderung mehr erteilen werden, wenn ehemalige hochrangige Mitarbeiter der Stasi in Führungsgremien des Vereins tätig sind.

Die Forderung an das Land NRW an den Verein Schalke 04 sollte aber auch nicht von einer Deutsch-Bulgarischen Elterninitiative aus Nottuln im Kreis Coesfeld in NRW geleistet werden, die gegenwärtig um Schulräume für ihre Sprachschule kämpft, sondern vom Bundesbeauftragten für die Aufarbeitung der SED-Diktatur. Eine intensive Auseinandersetzung des Fußballvereins Gelsenkirchen-Schalke 04 e.V. mit Opfern des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR ist auch in West-Deutschland dringend notwendig.

Redaktion

Stellungnahme der Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge e.V.

Anlässlich des 30. Jahrestages der Gründung der UOKG hielt der Bundesvorsitzende, Dieter Dombrowski, die Festrede. Diese ist in der stacheldraht Heft 9/2021, S. 5-7 veröffentlicht. Der Redner rügte zu Recht die starre Haltung von Bundesregierung und Bundestag, was die Beseitigung der Folgen des SED-Unrechts betrifft. Er kann diese Feststellung mit konkreten Beispielen belegen und tut das auch in bemerkenswerter Klarheit. Dafür sei ihm gedankt. Zuletzt ging er auf die ehemaligen DDR-Flüchtlinge, Ausreisearbeitgeber und aus politischer Haft Freigekauften (DDR-Altübersiedler) ein, siehe S.6, mittlere Spalte. Seitens des Vorstandes der IEDF ist hierzu eine Kritische Stellungnahme zum Abschnitt DDR-Altübersiedler unerlässlich.

Zitat: „...möchte ich ein letztes Beispiel anführen, und zwar um darzustellen, dass ein Gesetz zwar rechtmäßig und dennoch ungerecht sein kann.“ Rechtmäßig?

Die Gesetzgebung zum Beitritt der DDR hatte eine einzige Zielgruppe: die

Bürger des Beitrittsgebietes. Die DDR-Altübersiedler befanden sich seit dem Verlassen der DDR unter dem Schirm des Grundgesetzes. Sie waren seitdem im (west)-deutschen Rechtsraum integriert. Die nachträgliche und rückwirkende und vom Gesetzgeber zu keiner Zeit legitimierte Erweiterung der Adressierung des RÜG auf die DDR-Altübersiedler ist Gegenstand der Beschwerde Petition 3-19-11-8222-006233. Es ist befremdlich, dass der Bundesvorsitzende der UOKG, der zu den Mitunterzeichnern der Beschwerde gehört, die unzulässige Erweiterung des Geltungsrahmens des RÜG zu Lasten der DDR-Altübersiedler als rechtmäßig bezeichnet.

Zitat: „...ehemalige Flüchtlinge haben die Folgen des Rentenüberleitungsgesetzes erst bei der Antragstellung auf ihre Altersrente bemerken können, da ihre Rente teilweise mehrere 100 € niedriger ausfiel, als es die ihnen bekannten Rentenverläufe auswiesen.“ Niedriger als die ihnen bekannten Rentenverläufe?

Tatsächlich. Die Rentenentgeltpunkte gemäß §256a SGBVI sind niedriger als die, die in den bei den (west)-deutschen Versicherern begründeten Rentenkonten gespeichert sind. Teilweise erheblich niedriger. Es ist aber noch schlimmer: Die Rentenentgeltpunkte nach §256a SGBVI sind auch niedriger als die ihrer in der DDR verbliebenen Berufskollegen. Zur Erklärung, warum das so ist, siehe Artikel „DDR-Altübersiedler und die Rentenüberleitung – ein Dauerärgernis“ (der stacheldraht 2/2021, S. 10-11).

Zitat: „...die Berechnungsgrundlage FRG wurde gestrichen.“ FRG gestrichen? Das seit 1960 bestehenden Fremdreten-gesetzes wurde mit dem Rentenreform-gesetz 1992 (RRG 92, verabschiedet im Dezember 1989) novelliert. Die Festlegungen speziell für DDR-Übersiedler wurden hier noch einmal konkretisiert und ausdrücklich bekräftigt. Das Rentenüberleitungsgesetz RÜG ist das Ergebnis einer Novellierung des RRG 92. Der Beitritt der DDR war staatsrechtlich vollzogen. Die DDR hatte aufgehört zu existieren.

Es konnte keine Übersiedlungsvorgänge aus der DDR mehr geben. Die Passagen im RRG 92, die die Berechnung der Renten von DDR-Übersiedlern regeln, waren nach der Novellierung nicht mehr notwendig und wurden gestrichen.

Die Behauptung, das FRG als Berechnungsgrundlage für DDR-Altübersiedler sei gestrichen, ist falsch. Das Fremdentenrecht wurde mit Art.14 des RÜG reaktionell den geänderten Verhältnissen, d.h. dem Wegfall der DDR, angepasst. Die Änderungen des § 15 und Streichung des § 17 FRG im Rahmen des RÜG wurden vorgenommen, weil es mit dem Zusammenschluss der beiden Teile Deutschlands einen außerhalb des Geltungsbereiches des Grundgesetzes befindlichen deutschen Träger der gesetzlichen Rentenversicherung nicht mehr gab, auf den hierin abgestellt worden war. Folglich war es nicht mehr notwendig, Gesetzesformeln für diese nicht mehr mögliche Fallkonstellation bestehen zu lassen. Sie wurden deshalb gestrichen. Daraus folgt aber nicht, dass die nach bisherigem Recht bereits entstandenen Anwartschaften aufzuheben und neu zu begründen seien. Das ist auch keinem Dokument des Gesetzgebers zu entnehmen.

Zitat: „Das Gesetz ist wohl rechtmäßig, aber ungerecht.“ Ungerecht ist es sowieso, aber ob es rechtmäßig ist, das hat das BVerfG bisher nicht festgestellt, auch wenn dies immer wieder behauptet wird.

Dieser Satz ist das Kernstück der Ausführungen des Bundesvorsitzenden der UOKG zum Thema:

Zitat: „Die vom Gesetzgeber nicht legitimierte nachträgliche und rückwirkende Einbeziehung der DDR- Übersiedler in die Gesetzgebung zum Beitritt der DDR...“

Die Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge widerspricht ausdrücklich und sehr energisch den Ausführungen des Bundesvorsitzenden der UOKG. Ein namhafter Verfassungsrechtler hat es auf den Punkt gebracht: „Es geht in der Tat um ein evidentes Rechtsstaatsproblem.“

Mannheim, den 07.01.2022

Interessengemeinschaft
ehemaliger DDR-Flüchtlinge e.V.

Hintergrund

In 2012 hatte der Petitionsausschuss ein paar Hundert Einzelpetitionen zu einer „Mehrfachpetition“ zusammengefasst. Alle Fraktionen haben damals (also sogar CDU/CSU) die Regierung aufgefordert, im Sinne der Petenten eine Gerechtigkeitslösung zu finden. Ablehnung durch U. von der Leyen als BMAS-Ministerin. Nach Einspruch durch die Berichterstatter des Petitionsausschusses musste das BMAS ein Gutachten erstellen lassen. Ergebnis: Eine Lösung ist im Prinzip möglich.

Das Gutachten kam nach dem Regierungswechsel. Nahles war inzwischen BMAS-Ministerin. Sie beriet sich mit A. Merkel und lehnte dann auch ihrerseits ab.

Im April 2018 haben IEDF zusammen mit VOS und UOKG eine Beschwerde eingereicht: Pet. 3-19-11-8222-006233. Eine Beschwerde gegen das Handeln einer Behörde. Die ist noch „in Bearbeitung“. Es sieht so aus, dass man die Sache aussitzen will. Das BMAS hat daraufhin eine – zwingend widerspruchsbedürftige – Stellungnahme verfasst. IEDF hat dann den renommierten Verfassungsrechtler RA Stefan von Raumer mit dem Mandat versehen, uns zu vertreten. Stefan von Raumer hat eine ausführliche Gegenstellungnahme verfasst. Daraufhin wieder das BMAS. Stefan von Raumer konnte auch das widerlegen.

Und jetzt liegt die Petition/Beschwerde auf dem Tisch des 20. Bundestages. Das ist der Stand. Ich danke Ihnen herzlich für Ihr Interesse. Vielleicht schaffen wir es gemeinsam. Immerhin ist die Zeit vorbei, in der Angela Merkel mit der Richtlinienkompetenz ausgestattet war. Inwieweit die Ampel auf unsere Eingabe reagieren wird, ist unsicher. Aber nicht aussichtslos. Unter der Regie der Union hätte es keine Lösung gegeben.

Herzliche Grüße, Jürgen Holdefleiß

Wiedergutmachung unmöglich? Ein Kommentar

In der letzten Ausgabe von „der stachel-draht Nr. 9/2021“ war die Festtagsrede vom Bundesvorsitzenden der UOKG zum 30. Jahrestag der UOKG, Herrn Dieter Dombrowski, abgedruckt. Er hatte sich auf Seite 6 zum Thema Fremdentengesetz (FRG) und Rentenüberleitungsgesetz (RÜG) geäußert. Bezogen auf das RÜG sagte er: „Nun, das Gesetz dazu ist wohl rechtmäßig, aber ungerecht.“ Dieser kurze Satz griff abschließend seine vorherigen Ausführungen zu den Folgen des Rentenüberleitungsgesetzes auf.

Engagierte Mitglieder der Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge (IEDF) schrieben daraufhin der Redaktion zahlreiche Leserbriefe. Sie betonten, diese Aussage sei falsch: „Das ist absolut falsch!“ Einige forderten den Rücktritt von Herrn Dombrowski als Vorsitzenden

der UOKG. Eine Stellungnahme des Vorstandes der IEDF widersprach, bezogen auf seine Ausführungen, ebenfalls den Äußerungen von Herrn Dombrowski. Gleichzeitig sollten und sollen die Wogen geglättet werden.

Der kritisierte Satz des Vorsitzenden der UOKG ist in diesem Kontext richtig. Detailkritik zu den juristischen Fragen berührt dies nicht. Man beachte beim Nachlesen das Wort „wohl“. Als Relativierung zu verstehen, bezieht sich das Adverb „wohl“ auf die noch nicht abschließend erfolgte juristische Klärung. Es geht um Wiedergutmachung von politisch und persönlich erfahrenem Unrecht. Dass der Gesetzgeber mit dem RÜG in seiner Anwendung „neue“ Ungerechtigkeit bewusst oder aus Nachlässigkeit hervorgebracht hat, steht auf einem

anderen Blatt. Es geht in der Tat um ein evidentes Rechtsstaatsproblem, so der Vorstand der IEDF abschließend. Dagegen mit demokratisch legitimen Mitteln vorzugehen, ist nach wie vor geboten. Das ist in der Vergangenheit geschehen und wird weiterhin geschehen, und das geht nur im gemeinsamen Vorgehen der Interessenverbände. Sie sind die einzige politische Lobby in einer gegenwärtigen Gesellschaft, die aktuell ganz andere Probleme zu bewältigen hat. Nur der juristische Weg kann zu einer Heilung bzw. Wiedergutmachung der aktuell angewendeten Gesetze führen. Dafür braucht es Ausdauer, Mut und Kraft, und nicht gegenseitige Schuldzuweisungen im Kreis der engagierten Verbände und Organisationen.

Die Redaktion

Kuba – die (fast) vergessene Urlaubsinsel

Seit den weltweit grassierenden Reisebeschränkungen ist der Tourismus auf der karibischen Insel Kuba weitgehend zusammengebrochen. Zuletzt gab es im Frühjahr dazu Schlagzeilen, als eine Bundestagsabgeordnete, nach einem Kuba-Urlaub, im März 2021 auf dem Rückflug nach Deutschland im Flugzeug starb. Obwohl es weiterhin Angebote verschiedener Reiseanbieter gibt, werden sie kaum genutzt, zu groß ist die Sorge vieler Touristen, plötzlich auf der Insel gefangen zu sein, wenn neue Quarantäne-Regeln die Rückreisen be- oder verhindern. Dann wären sie in der Situation der Einheimischen, denen die Castro-Diktatur und ebenso die heutige seit vielen Jahren die Reisefreiheit verwehrt. Restriktive Gesetze erlauben nur wenigen privilegierten Kubanerinnen und Kubanern, die Insel zu verlassen. Reisepässe müssen mit Devisen bezahlt werden, zu denen nicht alle Menschen Zugang haben.

In einer speziellen Form von Apartheid werden die Menschen eingeteilt, in Reisekader, die einen Reisepass bekommen, und in die, denen Reisen verwehrt werden. Obwohl die sozialistische kubanische Diktatur besonders massiv die Rassentrennung in anderen Ländern geißelt, führt sie verlogen selbst so eine Einteilung durch. Auch durch die galoppierende Inflation, die den Wert des Peso permanent zerstört, werden solche Unterschiede durch die Regierung gefördert, indem sie mit „Intershop-Läden“ privilegierten Devisenbesitzern Zugang zu Waren verschafft, die es im Handel nicht mehr gibt. Der Tauschhandel ist längst an die Stelle des Zahlungsverkehrs mit dem ungeliebten Peso getreten. Der Tourismus ist fest in der Hand der Armee, die damit die Nomenklatura der kubanischen

Diktatur bei Laune hält, denn sie stützen vor allem bisher das System. Obwohl der Ölfluss aus Venezuela unter Diktator Maduro geringer geworden ist, weil er selbst am Rande des Staatsbankrotts agiert, sind die Beziehungen der KP Kubas weiter ebenso eng, wie die zu Diktator Ortega in Nicaragua, der sich mit seiner Frau gerade durch Scheinwahlen erneut die Macht sichern wollte. Allerdings sind beide Länder nicht in der Lage, den fehlenden Tourismus auszugleichen.

Die Euphorie, die durch den US-Präsidenten Obama am Ende seiner Amtszeit vor 5 Jahren bei seinem Kuba-Besuch entfacht wurde, blieb ein Strohhalm, die angestrebte Verbesserung der Menschenrechtssituation blieb aus. Erneut nahmen Repressionen der Staatssicherheit zu, welche einst auch vom Ministerium für Staatssicherheit der DDR aufgebaut wurde. Allerdings „verfeinerte“ das Überwachungssystem, welches bis in die Wohnungseinheiten existiert, die Methoden, heute wird vor allem mit „Privilegien“ gearbeitet, die denen winken, die ihre Nachbarfamilien bespitzeln und denunzieren. Nur wenige Oppositionelle, wie der Journalist Guillermo Farinas Hernández, der 2010 den Sacharow-Preis erhielt, wagen es immer wieder mutig, Menschenrechte auf Kuba einzufordern.

Auch wenn der 89jährige Diktator Raul Castro 2021 offiziell seine Ämter abgab, wird der Castro-Clan mit den bisher Privilegierten dafür sorgen, dass die Diktatur nicht endet, denn zu sehr haben sie sich an das Luxusleben auf Kosten des Volkes gewöhnt. Während weiter das Märchen vom „vorbildlichen Gesundheits- und Bildungswesen“, auch in Deutschland

von Gysi und Genossen via „Cuba-Si“ verbreitet wird, gibt es längst lebenswichtige Medikamente nur noch für Dollar oder Euro. Die Ärzte, die Kuba in die Welt schickt, bekommen von dem Geld, das die Länder an Kuba bezahlen müssen, höchstens zehn Prozent ausgezahlt, eine Form von Leibeigenschaft, wie sie auch Nordkorea praktiziert. Die Angehörigen dieser Ärzte werden als Geiseln vom kubanischen Staatssicherheitsdienst festgehalten, damit sie den Auslandsaufenthalt nicht zur Flucht nutzen. Von all diesen Problemen bekommen die meisten Touristen, die in abgesperrten Gebieten wie Varadero Urlaub machen, nichts mit, denn „Normalkubanern“ ist der Zugang dorthin verboten.

Kuba ist damit ein besonderes Beispiel für die Verlogenheit der Ideologie des Sozialismus, denn all die Werte, die angeblich verwirklicht werden sollen, tritt dieses System mit Füßen. Leider interessieren sich die deutsche Bundesregierung und die EU kaum noch für die Menschenrechtssituation auf Kuba, außer müden „Pflichtprotesten“ (ohne wirkliche Folgen) passiert kaum etwas, dies wissen die Machthaber in Havanna und terrorisieren ungestraft weiter die Menschen. Obwohl fast alle Ökonomen wissen, dass die katastrophale Wirtschaftslage zuerst an der sozialistischen Misswirtschaft liegt, wird weltweit das Märchen verbreitet, es läge an den (wenigen) Sanktionen der USA, dass es soviel Probleme gibt. Erst wenn es eine gemeinsame Außenpolitik in der EU mit den USA gibt, die wirkliche Menschenrechte einfordert und mit Sanktionen durchsetzt, wird Kuba wieder ein Urlaubsparadies ohne hässliche politische Narben.

Hermann Schulze

Nordkorea – Geplatzte Blüenträume

Die deutsche Botschaft in Pjöngjang im hermetisch abriegelten Distrikt Munsudong, ist seit 2020 geschlossen. Dieses Schicksal teilen auch mehrere andere Botschaften, selbst die Beziehungen zu Russland hat die Diktatur von Kim Jong-Un heruntergefahren. Mit einer Eisenbahndraisine, die per Muskelkraft bewegt werden muss, verließen vor einiger Zeit russische Diplomaten werbewirksam Nordkorea über die Tjumen-Brücke, die nach Russland führt. Dabei hatte die rot-

grüne Bundesregierung Schröder/Fischer, doch so viele Illusionen, als das „Büro zum Schutz der Interessen Nordkoreas“ im überdimensionierten Bau in der Glinkastraße, wie zur DDR-Zeit, 2001 erneut zu einer Botschaft umfunktioniert wurde. Die erste (west-) deutsche Botschafterin in Pjöngjang, wurde Doris Hertrampf.

Trotz fehlender diplomatischer Beziehungen hatte die Bundesregierung seit 1995 schon massive humanitäre Hilfe nach der

Hungerkatastrophe in Nordkorea geleistet, auch als Unterstützung für die „Sonnenscheinpolitik“ des südkoreanischen Präsidenten Kim Dae-jung, der 2000 Berlin besucht hatte. Nach seinem Ausscheiden aus dem Amt wurde bekannt, dass er seinen Besuch bei Machthaber Kim Jong-Il mit massiver Wirtschaftshilfe förmlich erkaufte und erhoffte Gegenleistungen im Bereich der Menschenrechte sowie die Erleichterung von innerkoreanischen Besuchsmöglichkeiten nur

kurzfristig wirksam waren. Fast euphorisch reagierte auch das Auswärtige Amt, nach der gegenseitigen diplomatischen Anerkennung und sogar eine Bibliothek des Goethe-Instituts sollte in Pjöngjang errichtet werden. Der SED-Nomenklaturkader Gregor Gysi, der im Sommer 1989 fast noch DDR-Staatssekretär geworden wäre, er hatte als NOTAR ja eine juristisch-politische Ausbildung, besuchte als einer der ganz wenigen deutschen Politiker nach der Einrichtung der Botschaft, die Diktatur seiner "Bruderpartei" in Nordkorea.

Deutsche Politiker wollten ab 2001 „Nordkorea weiter in die internationale Gemeinschaft einbinden und damit einen Beitrag zur Entspannungspolitik auf der koreanischen Halbinsel leisten.“ Auch die EU-Kommission reagierte fast euphorisch und nahm 2001 diplomatische Beziehungen zu Nordkorea. Allein Frankreich hielt sich zurück, weil es keinerlei wirksame Gegenleistungen im Bereich der Menschenrechte gab und die Diktatur von Kim Jong Il unbeweglich an ihrem Kurs festhielt. Schon im Oktober 2002 begann eine massive diplomatische Krise, Nordkorea musste zugeben, ein Programm zur Anreicherung von Uran für Atomwaffen zu betreiben. Daraufhin froh die Bundesregierung die „so dynamisch begonnenen Beziehungen“ ein. Das geplante Luftverkehrsabkommen wurde nicht unterzeichnet.

Und bis heute gibt es keine bilateralen Verträge über wirtschaftliche, finanzielle oder wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit. Offizielle Besuche auf Ministerienebene gibt es nicht, die politischen Beziehungen sterben seit Jahren vor sich hin, eine Besserung ist nicht in Sicht, weil auch der Nachfolger von Kim Jong-Il, einer seiner Söhne, einen konfrontativen Kurs gegenüber der westlichen Welt betreibt. Da die Botschaften Nordkoreas sich weltweit selbst versorgen müssen, gibt es inzwischen ein kriminelles System der Geldbeschaffung, welches durchaus Ähnlichkeiten zum „Kommerziellen Koordinierung“ von SED-Devisenbeschaffer Schalck-Golodkowski aufweist. Viele Jahre konnte die Botschaft Nordkoreas in Berlin illegal ein Hostel betreiben und Steuerhinterziehung in Millionenhöhe begehen. Erst als auch die Eltern des nach nordkoreanischer Haft verstorbenen US-Amerikaners Otto Warmbier, persönlich diesen Skandal bei einem Besuch in Deutschland zu Sprache brachten, wurde dieses Hostel endlich behördlich geschlossen.

Die einst so gefeierte Arbeit der Bibliothek in Pjöngjang wurde von deutscher Seite kleinlaut beendet, als man endlich begriff, dass die wenigen Besucher „keine normalen Menschen“, sondern privilegierte und von Staat geschickte Nomenklaturkader waren, die diese Einrichtung auch zum Versuch der Spionage nutzten. Das Protokoll zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen beinhaltete auch einen Dialog über Fragen der Menschenrechte zwischen den Regierungen in Berlin und Pjöngjang, doch auch diese Träume, auf so eine Diktatur wirksam einwirken zu können auf diesem Weg sind ebenso geplatzt, wie ähnliche Projekte mit der Volksrepublik China.

Nach Schätzungen soll es 2021 bis zu 200.000 politische Häftlinge in sechs großen Konzentrationslagern geben, bei 25,78 Millionen Einwohnern. Auch über öffentliche Hinrichtungen berichteten Menschenrechtsorganisationen und die wenigen Flüchtlinge, die es schaffen ins Ausland zu gelangen. Seit der gewaltsamen Machtübernahme der Kim Il-Sung-Diktatur, mit sowjetischer und chinesischer Hilfe, wird den Menschen das Selbstbestimmungsrecht verweigert, die Ergebnisse der Schein-Wahlen 2014 wurden mit Ergebnissen von 100 % Zustimmung angegeben.

Wie gering die Bedeutung für den Handel zwischen Ländern ist, wird an dem Warenaustausch, der unter zehn Millionen EUR pro Jahre liegt, natürlich hängt das auch mit den von der UNO verhängten Wirtschaftssanktionen zusammen. Trotzdem hat Nordkorea in der Berliner Glinkastraße mit dem 1975 gebauten Plattenbau, einen aus der SED-Diktatur stammenden riesigen Plattenbau, der damals auch ca. 100 Diplomaten und ihre Mitarbeiter beherbergte. Heute sollen es nur noch zehn sein.

Auch das Ministerium für Staatssicherheit der DDR beschäftigte sich mit dem „befreundeten Land“, dessen „Staatsoberhaupt“ Kim Il Sung 1984 die DDR und Ost-Berlin besuchte. Sein Sohn und Nachfolger Kim Jong Il, „studierte bis 1982 in der DDR“, heißt es in einem Mfs-Dossier. Dabei scheint dem sozialistischen Geheimdienst ein Fehler unterlaufen zu sein, wie in einer Dissertation von 2010 an der Universität Trier bekannt wurde. Demnach ging es bei dem nordkoreanischen Studenten um einen jüngeren Stiefbruder von Kim Jong Il, dessen Mutter Kim Song-ae die zweite Ehefrau des Diktators war. Dieser Stiefbruder kam später als

Botschaftsrat in die DDR und starb 2005 an Leberzirrhose. Auch Kim Jong Il soll, nach jahrelangem Massenkonsum von „Hennessy-Whisky“, mit an dieser Folge von Alkoholismus verstorben sein. Langjährige Beobachter der Kim-Diktatur vermuten, dass der übergewichtige Kim Jong Un ebenfalls zum Alkoholismus neigt und seine Lebenszeit deshalb auch begrenzt sein könnte. Aber was passiert dann?

Verlässlich ist die Information, dass er mit seiner Ehefrau Ri Sol-ju, die einst zur „sexuellen Vergnügungsbrigade“ des Diktators gehört haben soll, mindestens eine Tochter hat. Der US-Sportler Dennis Rodman berichtet, er habe das Kind bei seinem Besuch in den Armen gehalten. Sollte das Paar keine weiteren Kinder bekommen, stellt sich die Frage, ob der Übergang einer Frau, in der doch stark männlich geprägten nordkoreanischen Welt, auch als Übergang in die nächste Kim-Diktatur gelingen würde? Auf jeden Fall wird es noch spannend auf der koreanischen Halbinsel. Die Euphorie der „Sonnenscheinpolitik“ flammte vor den Treffen von USA-Präsident Trump mit Diktator Kim Jong Un kurz auf, erlosch aber sehr schnell wie ein Strohfeuer, denn alle Hoffnungen waren vergebens, der Diktator wischte alles vom Tisch und regierte mit harter Hand wie vorher.

Nordkorea kann auch ein Beispiel dafür sein, wie naive Wunschpolitik die Realität ausblendet und erst wieder zur Kenntnis nimmt, wenn es zu spät ist. Dies galt besonders für die Politik Merkel gegenüber Diktator Xi Jinping, der mit ihrer Hilfe seine sozialistische Diktatur nun weltweit ausbreiten kann, nicht nur friedlich, wie der Blick auf Hongkong und Taiwan zeigt.

Das durchschnittliche Einkommen von Menschen die nicht zur Nomenklatura gehören, liegt in Nordkorea bei 1.460,- EUR pro Jahr. Der verstorbene Diktator Kim Jong-Il gab in den letzten Jahren seines Lebens pro Jahr 1,2 Millionen US-Dollar für seinen Cognac-Konsum der Marke „Hennessy“ aus. Aufgrund der Nahrungsmittelknappheit, die seit zwanzig Jahren schon mehr als zwei Millionen Tote forderte, sind die Menschen in Nordkorea ca. 5cm kleiner als vergleichbare Südkoreaner. Auch das Gesundheitssystem ist weitgehend zusammengebrochen, der Staat gibt pro Person nur 1/2 US-Dollar pro Jahr für Gesundheitsvorsorge aus. Ärzte werden schlecht oder gar nicht bezahlt, deshalb müssen Patienten ihre Behandlung mit Trinkgeld oder Bestechung



selbst ermöglichen. Medikamente sind kaum oder nur mit Devisen erhältlich. Gleichzeitig lebt eine kleine Zahl von Nomenklaturkadern oder Schiebern auf einem relativ hohen Niveau, allerdings immer überwacht von den Organen der Partei, die genau kontrolliert, ob dieser Wohlstand auch mit Wohlverhalten gegenüber der Diktatur verbunden ist.

Auch eine schöne Wohnung in Pjöngjang allein ist keine Garantie für ein angenehmes Leben, wenn bei den allgegenwärtigen Stromsperrern die Wohnung im 25. Stock des Hochhauses nicht mit einem Lift erreicht werden kann. Es soll inzwischen in älteren Wohnblocks auch schon üblich sein, defekte Aufzüge nicht zu reparieren, weil Ersatzteile aus dem

Ausland nicht besorgt werden können. Eine Klimatisierung oder Heizung im Winter ist inzwischen auch in Pjöngjang nicht mehr selbstverständlich.

Nur Realpolitik mit klarer Kante wird auf Dauer Freiheit und Frieden erhalten.

Alexander W. Bauersfeld

Erklärung der Plattform des Europäischen Gedächtnisses und Gewissens zur Auflösung der Russischen Internationalen Gedenkorganisation Memorial

Am 28. Dezember 2021 beschloss der Oberste Gerichtshof der Russischen Föderation, die Russische Internationale Gedenkstätte zu schließen. Neben früheren Vorwürfen der Verletzung des Gesetzes über „ausländische Agenten“ warf die Staatsanwaltschaft Memorial vor, „ein falsches Bild von der Sowjetunion als terroristischen Staat zu schaffen“, die Erinnerung an den Großen Vaterländischen Krieg zu diffamieren und versucht zu NS-Verbrecher rehabilitieren.

Die Plattform des Europäischen Gedächtnisses und des Gewissens verurteilt die Auflösung von Memorial in Russland. Die Memorial-Organisation hat in mehr als 30 Jahren das Bewusstsein für die Geschichte des totalitären Regimes in der Sowjetunion sowie anderer kommunistischer Regime, aufgebaut nach sowjetischem Vorbild und mit sowjetischer Unterstützung, geschärft.

Die Bemühungen von Memorial, das Andenken an die Opfer kommunistischer Verbrechen zu bewahren, sind weltweit bekannt. Ihr Beitrag zur Wiederherstellung vergessener Geschichten der Massenrepression sowohl in der ehemaligen Sowjetunion als auch im Ausland ist kaum zu überschätzen. Darüber hinaus ist die Arbeit von Memorial beim Schutz der Menschenrechte im heutigen Russland und anderen Ländern von unschätzbarem Wert.

Die Plattform Europäisches Gedächtnis und Gewissen fordert das Europäische Parlament und die Europäische Kommission auf, Maßnahmen zu ergreifen, um die Fortsetzung der Arbeit der Memorial-Organisation, russischer Historiker und Menschenrechtsaktivisten bei der Aufdeckung der totalitären kommunistischen Vergangenheit sowie der verschiedenen Formen der sein Erbe in der modernen Welt. Wir rufen alle Personen und Organisationen auf, die sich mit Gedenken und Gedenken sowie dem Schutz der Menschenrechte beschäftigen, sich einer internationalen Solidaritätskampagne mit Memorial anzuschließen.

In Prag, 5. Januar 2022

Kontakt: Mr Peter Rendek, Managing Director, director@memoryandconscience.eu, +420-222 561 053

The Platform of European Memory and Conscience brings together 68 governmental, public and private institutions and organisations from 23 countries of Europe and North America.

On 28 December 2021, the Supreme Court of the Russian Federation decided to shut down the Russian International

Memorial organisation. In addition to earlier accusations of violation of the “foreign agent” legislation, the prosecutor accused Memorial of “creating a false image of the Soviet Union as a terrorist state”, the defamation of the memory of the Great Patriotic War, and an attempt to rehabilitate Nazi criminals.

The Platform of European Memory and Conscience condemns the liquidation of Memorial in Russia. The Memorial organisation has, over the course of more than 30 years, raised awareness about the history of the totalitarian regime in the Soviet Union as well as other Communist regimes, built up on the Soviet example and with Soviet support. The efforts of Memorial in preserving the memory of the victims of Communist crimes are known worldwide. Their input into recovering forgotten histories of mass repression both in the former Soviet Union and abroad is hard to overestimate. In addition to that, the work of Memorial in protecting human rights in contemporary Russia and other countries is invaluable.

The Platform of European Memory and Conscience calls on the European Parliament and the European Commission to take action to guarantee the continuation of the work of the Memorial organisation, Russian historians and human rights activists in uncovering the totalitarian Communist past as well as the various forms of its legacy in the modern world. We call on all individuals and organisations involved with memory and remembrance and the protection of human rights to join an international campaign of solidarity with Memorial.

In Prague, 5 January 2022

Museum im Stasi-Bunker

Ehemalige Ausweichführungsstelle des Leiters der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Leipzig

Flurstück 439, 04827 Machern

Besichtigung des Gesamtgeländes, Führungen durch den Bunker

Öffnungszeiten:

jeden letzten Sonnabend und Sonntag im Monat von 13 bis 16 Uhr

Bürgerkomitee Leipzig e.V.

Tel. (03 41) 9 61 24 43

Fax (03 41) 9 61 24 99

Bericht über die Entscheidung des Bezirksgerichts in Domažlice (Taus)

Am 16. Dezember 2021 befasste sich das Bezirksgericht Domažlice (Taus) mit einem schockierenden Mord, der sich vor 72 Jahren an der tschechoslowakisch-westdeutschen Grenze ereignete. Die Mörder wurden jedoch nicht vor Gericht gestellt.

Am 22. Oktober 1949 arbeitete Franz Stauber (geb. 1919), ein westdeutscher Staatsbürger, zusammen mit anderen Waldarbeitern auf der bayerischen Seite der Grenze. Nach Angaben der Grenzpolizei beging Stauber jedoch illegalen Grenzübertritt in die Tschechoslowakei. Deshalb hielt ihn die Streife etwa 2 Meter von der Staatsgrenze entfernt fest und wollte ihn auf die Wache in Maxovo bringen. Stauber trug ein paar kleine Scheine bei sich, war aber nicht bewaffnet.

Stauber zögerte, mit der Patrouille mitzugehen. Die Grenzsoldaten zwangen ihn dazu. Nach einer Weile riss er sich los und begann in Richtung Staatsgrenze zu


laufen. Jindřich Slavík, ein SNB-Offizier, versuchte, ihm nachzulaufen. Stanislav Vosáhlo, ein SNB-Offizier, verbot ihm dies, und er feuerte aus einer Entfernung von etwa 20 Metern ein ganzes Magazin aus einer Maschinenpistole auf Stauber ab, insgesamt 40 Schüsse. Stauber rannte weiter. Vosáhlo befahl daher Slavík, ebenfalls zu schießen. Slavík feuerte zwei kurze Schüsse aus der Maschinenpistole ab, woraufhin Stauber zu Boden ging, sich dann aber mit den Füßen abstieß und in den Wald ging. Die Patrouille lief auf Stauber zu, Vosáhlo zog seine Dienstpistole und feuerte aus weniger als 2 Metern Entfernung ein ganzes Magazin auf den am Boden liegenden Stauber ab – insgesamt 8 Schüsse. Stauber war auf der Stelle tot.

Die Erschießung Staubers wurde vom Kompaniekommandanten untersucht. Er bewertete den Fall als „eine korrekte Handlung in Ausübung der Pflicht, obwohl das Patrouillenmitglied Slavík

in seiner Aussage erklärte, er habe den Kompaniechef, Sgt. Sklenar, wie Vosáhlo erklärt, der am Boden liegende Stauber sei nach seinen Schüssen besiegt“. Im Jahr 1954 wurde die Untersuchung wieder aufgenommen, aber niemand wurde verurteilt. (Weitere Einzelheiten finden Sie unter <https://www.abscr.cz/archivalie/pripad-stauber/>.)

Am 16. Dezember 2021 verhandelte der Senat des Bezirksgerichts in Domažlice unter dem Vorsitz von Mgr. Milan Andrlé. Aber nicht, um die Mörder zu verurteilen. Sie prüfte, ob Stauber als Mordopfer unter das Gesetz Nr. 119/1990 Slg. zur gerichtlichen Rehabilitation fällt und kam zu dem Schluss, dass dies der Fall ist.

Was bedeutet das in der Praxis?

Nach 72 Jahren hat der tschechische Staat der deutschen Familie endlich moralische Genugtuung verschafft. Die Entscheidung wird Staubers Tochter Theresa, die jetzt mit Lotter verheiratet ist, zugestellt. Sie lebt in Weiding, Deutschland. Sie war 7 Monate alt, als ihr damals 30-jähriger Vater ermordet wurde. 

100 Geschichten

Vorstellung des Buchprojektes Boccaccio reloaded beim Nietzsche-Forum München e.V.

Zu Beginn des ersten Lockdowns im März 2020 startete Herr Dr. Eugen Wenzel mit Schülern seiner alten Schule, dem Friedrich-Ebert-Gymnasiums Berlin, ein Großprojekt: 100 Schüler schrieben und illustrierten 100 Erzählungen, verbanden sie durch eine Rahmenhandlung miteinander und brachten ihre Sammlung als ein Buch mit dem Titel „Boccaccio reloaded“ heraus. Im Oktober 2020 wurde es in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche zu Berlin offiziell der Öffentlichkeit vorgestellt.

Kurze Zeit darauf folgte in der Zeitschrift „der Stacheldraht“ der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaften e.V. eine Buchbesprechung, wo Herr Bernd Lippmann, der Direktor des Stasimuseums Berlin in der Zentrale des MfS, und Herr Dr. Wenzel die bei Boccaccio reloaded angewandte kreative Methode als überaus fruchtbar auch für den Umgang junger Erwachsener mit anderen großen Themen herausstellten, die unsere Gesellschaft prägen und bestimmen, beispielsweise die deutsche Teilungsgeschichte.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Schüler, es ist mir eine Ehre, hier ein paar Worte zu Ihnen sprechen zu dürfen. Ich sehe mich hier und heute als Vertreter des Stasimuseums Berlin. Ein Museum, das jährlich tausende Schüler und Jungerwachsene aus der ganzen Welt zu Besuch hat.

[...] Meine Damen und Herren, liebe Schüler, das heute vorzustellende Buch repräsentiert diese Vorgaben in geradezu herausragender Weise. Schüler schreiben, einem historischen Vorbild folgend, Texte aus ihrer Alltagswelt, so zum Beispiel über ihre Erfahrungen mit der Coronapandemie, ihren Umgang mit Themen wie Krieg und Vertreibung, über den Sinn des Lebens, über Manipulation, Kunst und Humor, über Liebe, Freundschaft und Verrat und natürlich noch über vieles mehr. Diese Sammlung ist also als richtiges Buch mit ISBN-Nummer, mit allem Drum und Dran, erschienen. Als ich davon erfuhr, war ich fasziniert von diesem schulischen Projekt. Sofort kam mir der Gedanke, dass dies ein gutes Modell für eine Textsammlung mit dem Schwerpunkt der deutschen Teilungs-

geschichte, insbesondere zu Zeiten der Einheitsfeiern, sein könnte. Dass wir als Stasimuseum für das Buch werben werden, versteht sich von selbst. Für ein analoges Buchprojekt, vielleicht anderer Schüler des Ebert-Gymnasiums oder auch einer anderen Schule, biete ich hiermit Unterstützung in sachlichen Fragen an. Aus der Vielzahl möglicher Themen zur Teilungsgeschichte möchte ich eines herausheben, das direkten Bezug zur Literatur und damit auch zur Freiheit des Denkens hat.

Verfügbarkeit von Literatur und Freiheit des Einzelnen stehen in unmittelbarer Verbindung. Die Bedeutung von Literatur kann man wohl am besten dadurch ermessen, dass in totalitären Staaten ungeschriebene Literaturverbote existierten. Ein totalitärer Staat ist dadurch definiert, dass von den Bewohnern über staatskonformes Verhalten hinaus auch dementsprechendes politisches Denken erwartet wird. Also schlimmer als in einer „normalen“ Militärdiktatur. Die DDR zum Beispiel war solch ein Staat. Zum Glück wurde diese Erwartung nur in geringem Maße erfüllt. Dem Staat missliebige Literatur, auch „Giftschrankliteratur“ genannt, war nicht formal verboten, mit Strafandrohung versehen war es dagegen, um am Beispiel eines konfigurierten konkreten Buches die Einschränkung von Meinungsbildungsfrei-



heit nachzuweisen. „Wenn also jemand etwa ein Buch des englischen Schriftstellers George Orwell, vielleicht die Erzählung Neunzehnhundertvierundachtzig“, weitergab, konnte dies als strafbar gewertet werden. Weil damit die Absicht unterstellt wurde, andere Menschen gegen die sogenannten gesellschaftlichen Verhältnisse „aufzuhetzen“. Also: Jemand konnte inhaftiert werden, weil er behauptete, dass man deswegen inhaftiert werden konnte. Ein logisches und wohl zugleich kabarettistisches Phänomen. Von Meinungsäußerungsfreiheit muss dabei noch nicht einmal die Rede sein. Im Paragraphen „Staatsfeindliche Hetze“ des DDR- Strafgesetzbuches wurde dementsprechend die subjektive Dimension strafrechtlich bewertet, nicht die objektive Tat. Soweit zu

diesem Aspekt der Vergangenheit. Schüler könnten sich darüber Gedanken machen, was zu tun und zu unterlassen ist, damit solche Vergangenheit nicht Gegenwart wird. Sollte es jemals in diesem Sinne eine Textsammlung als Buch von Schülern geben, wäre ich einer der ersten Käufer.

Ich schließe mit einem (ein wenig modifizierten) Zitat aus den Rahmenrichtlinien: „Der Deutschunterricht hat eine... wissenschaftspropädeutische Funktion.“ Das heißt, dass Schüler schon einen Eindruck von wissenschaftlichem Arbeiten bekommen. Hier werden ihre Namen als Autorennamen genannt – mancher Nachwuchswissenschaftler wird sie darum beneiden. In den Rahmenrichtlinien für Deutsch steht zusammenfassend: „Die

Lernenden erkennen über die Grenzen des Faches hinaus Zusammenhänge und können sie selbstständig herstellen. Sie bereiten sich damit zielgerichtet auf die Anforderungen in Studium und Beruf vor und entwickeln ihre Fähigkeit und Bereitschaft zu lebenslangem Lernen.“ Mehr ist dazu nicht zu sagen.

Selbstverständlich wünsche ich dem Buch weite Verbreitung. Auch danke ich Herrn Dr. Wenzel sowie dem Ebert-Gymnasium und den Unterstützern des Bundestages dafür, dass dieses innovative Projekt verwirklicht wurde.

Bernd Lippmann, Vorsitzender des Trägervereins für das Stasimuseum, Oberstudienrat i.R.

Erinnerungen an die Aktion „Feind ist, wer anders denkt“ am Magdeburger Dom

Die Schatten und Erinnerungen der Gedenkfeiern zum 30. Jahr des einmaligen friedlichen innerdeutschen Mauerfall ,89 regten mich an, nochmals einige meiner Begegnungen von Kindheit an, die dem SED-Terror in die Hände fielen, zu gedenken. Es waren Nachbarn die verschwanden, und in der Familie war es eine Tante, die nach jahrelangem Terror im Zuchthaus Waldheim zurück kam nur noch eine handvoll Elend war und bald nicht mehr unter uns war. Die Nachfolgerin der Gestapo, die DDR-Stasi operierte und die Bevölkerung wurde unter Druck gehalten. Am 13. August 1961 kam die Mauer und die Freiheit bekam eine andere Norm. Sämtliche verwandtschaftliche Verbindungen brachen ab und der Sozialismus wurde immer mehr zum Feindbild. Während meines Wehrdienstes verwirrte mich diese Anklage: Mithilfe zum Mauerdurchbruch mit einem Panzerauto. Ein Militärstaatsanwalt drohte mir mit einer langen Haftstrafe. Ich trug aber keine Mitschuld. So baute sich immer mehr Abneigung zum SED-Regime in mir auf.

In meiner weiteren Entwicklung gründete ich eine Familie, zwei Töchter waren unser Stolz und auch der Großeltern. Beruflich führte ich ein erfolgreiches Gewerbe, auch in finanzieller Hinsicht, welches den Neid der Genossen weckte. Ein weiteres Hindernis für eine Freundschaft mit den Genossen war mein streng christlicher Lebensweg der mir aus dem Elternhaus mitgegeben wurde. So war nicht nur ich ein ständiger Außenseiter, nein, sogar meinen Kindern wurde Studium und Entwicklung

unmöglich gemacht – treu der SED-Parole: „Ohne Gott und Sonnenschein bringen wir die Ernte ein.“ Welch ein Irrtum!

Die ständigen weiteren unzähligen Gängeleien zwangen uns 1987 einen politischen Ausreiseantrag in die BRD zu stellen. Zuständige Ämter und Behörden waren erst einmal sprachlos und ein Zurückgewinnen begann unter wirtschaftlichem Druck. Wir verloren Freunde und eine zielgerichtete Zersetzung begann, wir brauchten Hilfe.

Durch die BRD-Medien wurde der oppositionelle Liedermacher Stefan Krawczyk in Ostberlin bekannt, dessen Konzerte wir bald besuchten und bekamen dort die Adresse der Umweltbibliothek an der Zionskirche in Ostberlin von anderen Besuchern genannt. Die ersten Kontakte bekamen wir mit dem Pfarrer Simon, zudem sich ein langes Vertrauensverhältnis entwickelte. In folgenden Gesprächen wurden wir auf dem Magdeburger Domprediger Giselher Quast aufmerksam gemacht, der bereits seit den Anfang achtziger Jahren Friedensgebete betreute. Weitere Informationen über das wöchentliche Geschehen am Dom waren schnell gesammelt und so fuhren wir jeden Donnerstag zum Gebet unter der Betreuung von Giselher Quast am Barlach Denkmal im Dom, welches intern ein Treffen der Andersdenkenden war.

Wir sammelten uns vor dem Magdeburger Dom, deren Zahl unterschiedlich bis zu 100 Teilnehmern war. Rings um den Platz starteten die Kameras der „Horch & Guck –

Gesellschaft“ auf uns. Ein großes Interesse war am Austausch der Erfahrungen mit der Abt. Inneres auf den Ämtern.

Ein Erfolg, den jeder brauchte, war, von Pfarrer Quast unterstützt zu werden, und das in unserer Familie bald großes Leid verhinderte. Die Honecker-Wächter versuchten die von außerhalb Einreisenden, deren Fahrzeugnummern ja bekannt waren, durch fingierte Fahrzeugkontrollen zu behindern. Nach dem Reiseziel befragt, kam stets die Antwort, zum Pfarrer Quast, um für Frieden zu beten. Das machte sie sprachlos. Aber die Genossen brüteten weiter über Schikanen nach. Eine Schwachstelle waren die Kinder der Dombesucher. Im engeren Kreis nach den Gebeten teilte uns der Pfarrer mit, macht eine elterliche Verfügung über die Erziehung eurer Kinder. Es besteht die Gefahr, dass die Kinder der untreuen DDR-Bürger in ein Wernigeroder Umerziehungsheim kommen sollten. Die Bestätigung kam nach der Wende von der BSTU. Es gab Kerblochkarteien, die einen Zugriff innerhalb von 24 Std. erlaubten. Im Dom bekamen wir parallel eine Rechtsanwaltsadresse in Potsdam, die uns in einem solchen Fall helfen würde und könnte.

In der Familie wurde die Panik größer und im Dom empfahl man uns, die westdeutsche Ständige Vertretung in Berlin aufzusuchen, was wir schnellstmöglich planten. Aber durch mein häufiges Überbringen der geächteten Umweltblätter von der Zionskirche zum Magdeburger Dom hatte ich ein Berlin-Verbot, welches von fünf IM-Treuen überwacht wurde, (Namen bekannt). Also fuhr ich in der Nacht über Feldwege zur Ständigen Vertretung und nach strengen Kontrollen konnten

wir diese betreten und um Hilfe bitten. Nach stundenlangem Hinhalten wurde unser Problem angehört, der Rechtsanwalt Wolfgang Vogel informiert, sowie Erich Honecker für eine Entscheidung über unser Ausreiseersuchen in Kenntnis gesetzt. Zuversichtlich fuhren wir wieder nach Hause. Ohne die Hilfe der „Dom-Widerständler“, die wir bei vielen anderen Verhören und Prügelattacken stets als Schutzschild hinter uns hatten, wären wir noch mehr zum Freiwild der noch sehr

stark wirkenden Stasi- und Bereitschaftspolizei geworden.

Nach der Wende sammelten wir mit den noch in Kontakt stehenden ehemaligen Wegbereitern und Blutgebern der Einheit vom Dom, die auch in Dankbarkeit zum Dompfarrer standen, Unterschriften für ein Verdienstkreuz. Es entstand leider ein bedauerliches Gezerre durch vermutlich unwissende Neider, so dass ein Jahrzehnt zur Verleihung verging und an vergange-

ne Machenschaften erinnerte. Es sind hier nur einige der brutalen Aktionen der SED-Fratze aufgeschrieben und bedauerlich ist die Gewaltentwicklung weltweit, und auch EU-Politiker sollten die aufkommende Spaltung nicht übersehen. Ich hoffe, aus meiner Erfahrung heraus, dass wir nicht wieder den Leitsatz einer Diktatur „Ohne Gott sind die Menschen zu allem fähig“ erleben müssen.

Engelbert Sobania

Gedanken zum Volkstrauertag 2021

Viele Menschen versammeln sich am Volkstrauertag an unzähligen Soldatengräbern, um Totengedenken zu halten für die Opfer der Kriege und der Gewaltherrschaft. Auf der einen Seite liegen die mörderischen Weltkriegsereignisse schon sehr lange zurück. Auf der anderen Seite wurden die Verbrechen der Nachkriegszeit recht unvollständig und halbherzig aufgearbeitet. Wer weiß schon davon, dass es auf dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone elf Speziallager des NKWD, des sowjetischen Innenministeriums gab, in denen ca. 123 000 Internierte unter KZ-artigen Bedingungen zusammengepfercht waren. Ca. 43 000 Häftlinge überstanden die entsetzlichen Lagerbedingungen nicht.

Da an die 200 Luckenwalder Bürger in eines dieser Lager in Ketschendorf inhaftiert wurden und dort zwischen 50 und 100 von ihnen den Tod fanden, ist es angebracht, etwas näher auf sie einzugehen. Gefangen genommen wurden sie zum großen Teil auf Grund von Denunziationen. Besonders eifrig im Anschwärzen waren der kommunistische Leiter der politischen Abteilung der Kripo des Kreises Jüterbog– Luckenwalde und ein namentlich bekannter Polizeiangestellter. Die Denunzierten wurden in den Keller der NKWD-Dienststelle Burg 29a gebracht und dort unter Schlägen und Demütigungen vernommen. Zum Schluss mussten sie ein in kyrillisch handgeschriebenes Protokoll unterschreiben, das sie nicht verstehen konnten. Der 16-jährige Arno Walter zum Beispiel wurde als Wehrwolf verdächtigt, der Besitzer der Feuerwehfabrik Hermann Koebe senior und sein Sohn Hermann Koebe junior hatten als Kapitalisten von vornherein vor den kommunistischen NKWD-Leuten keine Chance. Nach dem Mauerfall bestätigte die Generalstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation der Familie, dass die beiden nicht auf Grund irgendwelcher Vergehen verhaftet worden seien. Schließlich wurden die Inhaftierten

über das Potsdamer NKWD-Gefängnis Lindenstraße in das sowjetische Speziallager Nr. 5 Ketschendorf bei Fürstenwalde überführt.

Dieses Lager war eines der schlimmsten sowjetischen Speziallager. Die hygienischen Zustände – eine einzige Katastrophe. Das Waschen war nur vierzehntägig im Freien möglich. Die Gefangenen mussten auf dem blanken Beton kampieren. Sie waren in Kellern, Wohnungen und Fluren aufs engste zusammengepfercht, bis unter das Dach. Erst nachdem mehrere hundert Menschen gestorben waren, gab es mehr Platz in den Unterkünften.

Unzureichende Ernährung, Hunger, Krankheiten, fehlende medizinische Betreuung und verordnete totale Untätigkeit führten zu hohen Sterberaten. Von den etwa 10 500 Inhaftierten starben innerhalb von zwei Jahren in dieser Hölle 4 620 Häftlinge, darunter auch der oben erwähnte Herrmann Koebe senior. Sein Sohn wurde nach Auflösung des Lagers mit 223 Gefangenen im sogenannten Pelzmützentransport zur Zwangsarbeit nach Sibirien verbracht. Andere überführte man in weiterbestehende KZs aus der Nazizeit wie Buchenwald oder Sachsenhausen und verurteilte einen Teil von ihnen +1950 in den sogenannten Waldheimer Prozessen zu hohen Strafen, den Rest ließ man frei. Die Toten wurden außerhalb des Lagers in der Nähe der Autobahn A12 in Massengräbern verscharrt. Erst auf Initiative des Pfarrers Ernst Teichmann haben sie in späteren DDR-Zeiten auf dem Halber Waldfriedhof ihre letzte Ruhestätte gefunden.

Nach dem Mauerfall hat der Volksbund Deutsche Kriegsgräber e.V. auf dem Gelände dieser vormaligen Massengräber einen Gedenkstein und ein hohes Kreuz errichtet. Jedes Jahr findet ein ehrendes Totengedenken für die Opfer dieses sowjetischen Speziallagers statt. Ein Häftling,

Erhard Sachse, schrieb in der Weihnachtszeit 1945 folgendes, ergreifende Gedicht:

Ketschendorfer Weihnachten 1945 Rund um's Lager dicht die Lampen brennen, Posten mit Gewehren, die die Not nicht kennen; und die Heimat ist so nah, und doch so fern. In der Stube singen leise Kameraden eine Weihnachtsweise, und am Himmel glänzt der Abendstern.

Still geleitet Sehnsucht die Gedanken über Bretterzaun und Stacheldraht und Schranken zu dem heimatlichen Lichterbaum. Und Fanfaren hör' ich hell erklingen, die in jedes Menschen Herz eindringen: „Freiheit – Gleichheit – Recht!“ Ein schöner Traum.

Brüderlich laßt uns zusammenhalten, mit den Sterbenden die Hände falten, unser Leib bedeckt mit Grind und Schorf. Einstmals werden uns're Toten siegen, die tief in den Massengräbern liegen, mahnen an die Schuld von Ketschendorf

Tragen wir mit dazu bei, dass wir die Schuld von Ketschendorf und die unfassliche Schuld, die in Krieg und Gewaltherrschaft begangen wurde, niemals vergessen, damit sie nie wieder entfesselt wird.

Dr. Wilfried Flach Pfarrer i. R.

Quellen: Faltblatt „Die Straße, die in den Tod führte“ von Initiativgruppe Internierungslager Ketschendorf/Speziallager Nr. 5 e. V., Vorsitzender Superintendent i. R. Eckhard Fichtmüller; außerdem das Buch „Die Straße, die in den Tod führte“, Kremerverlag Leverkusen, 1998; die Broschüre „Was in keinem Geschichtsbuch steht“, Luckenwalde, von Arno Walther; das Buch „Im Strom der Zeit“, Limburg, 2006; und Wolfgang Lehmann, „Zerquetschte Finger und endlose Verhöre“ in: Nancy Aris „Das lässt einen nicht los“, Evangelische Verlagsanstalt, Leipzig, 2017.

Erstveröffentlichung: NUTHE-URSTROMTALER NACHRICHTEN | Ausgabe 11 | 26. November 2021



Hassliebe zweier Diktatoren

Gedanken zum Hitler-Stalin-Pakt

Hitler hatte das große Pech, 1945 als Verlierer von den Höhen der Macht zur tiefsten Verachtung herabgestoßen zu werden. Dem Sieger Stalin war es dagegen möglich, seinen Machtbereich zu erweitern, Verehrung zu ernten und den wahren Kern seiner Pläne zu verbergen. Seine Erben zahlten ihm zwar die unmenschliche Innenpolitik mit der Vertreibung aus dem Mausoleum heim, nahmen aber sein Erbe, das großrussische Imperium, dankbar an und damit auch den stalinistischen Mythos von der Sowjetunion als einem von Anbeginn an friedliebenden Staat. Dieser Mythos wurde bis zum Untergang des Ostblocks und der Sowjetunion zum wichtigsten Element kommunistischer „Friedenspolitik“. An diese Tradition knüpft die heutige Außenpolitik Russlands unter Putin nahtlos an.

Die deutsch-sowjetische Zusammenarbeit reichte zurück in das Jahr 1922. Damals ging es der jungen Sowjetmacht ums blanke Überleben, aber auch um die Weltrevolution, deren nächste Station Deutschland sein sollte. Doch die Niederschlagung kommunistischer Aufstände in Deutschland 1923 begrub die Hoffnungen Moskaus auf eine Revolution im Westen.

Anfang 1923 erhielten die Deutschen für die Reichswehr Übungsgelände in Russland. Dafür zahlten sie mit dem Aufbau der Roten Armee. Auch errichteten sie für den eigenen wie den sowjetischen Bedarf in der Sowjetunion Rüstungsfabriken. So umgingen sie die ihnen auferlegten strengen Bestimmungen des Versailler Vertrages hinsichtlich Truppenstärke und Bewaffung bzw. Produktion von Rüstungsgütern.

Neben der gemeinsamen Gegnerschaft zum Westen gab es damals auch ein Objekt gemeinsamer Interessen: Polen. Die Deutschen hatten nach dem 1. Weltkrieg Teile ihres Staatsgebiets an den wiederentstandenen polnischen Staat abtreten müssen, die Bolschewiken nach dem polnisch-sowjetischen Krieg von 1921. Beide sann auf Revanche und Revision der Grenzen.

Am 11.09.1922 schrieb der Chef der deutschen Heeresleitung General Seeckt: „*Polens Existenz ist unerträglich, unvereinbar mit den Lebensbedingungen Deutsch-*

lands. Es muss verschwinden, und es wird verschwinden durch eigene innere Schwäche und durch Russland – mit unserer Hilfe“.

Stalin stellte in der Folge die Weichen auf den Aufbau des Sozialismus im eigenen Land und ersetzte nach und nach die Idee des Internationalismus durch die bolschewistisch verbrämte Tradition des russischen Chauvinismus. Nach Hitlers Machtübernahme 1933 bemühte sich die Sowjetunion um eine vor allem wirtschaftliche Annäherung an Deutschland, doch zunächst vergeblich. Das änderte sich Anfang 1939 nach dem Anschluss des Rheinlandes und Österreichs sowie der Annexion der Tschechoslowakei. Die geschah aber auch vor dem Hintergrund des Scheiterns einer misstrauischen, launischen bündnisorientierten Politik insbesondere gegenüber Großbritannien.

Im Juni 1939 führte der Leiter des Referats Osteuropäische Wirtschaft im deutschen Auswärtigen Amt, Dr. Schnurre, eine Unterredung mit dem sowjetischen Botschaftssekretär Astachow. Schnurres Kommentar nach der Unterredung lautete: „*Dazu kommt bei aller Verschiedenheit der Weltanschauung ein Gemeinsames in der Ideologie Deutschlands, Italiens und der Sowjetunion: Gegnersstellung gegen die kapitalistischen Demokratien. [...] Deshalb würde es uns reichlich paradox erscheinen, wenn die Sowjetunion sich jetzt ausgerechnet an die Seite westlicher Demokratien stellen wollte.*“ Astachow schlug in diesem Gespräch vor, man solle sich über die Verteilung der Einflusssphären in Polen und im Baltikum einigen. Wenige Wochen später schlug der sowjetische Außenminister Molotow der deutschen Seite die Unterzeichnung eines Nichtangriffspaktes vor, mit einer geheimen Zusatzklausel, die eine detaillierte Aufteilung Osteuropas zwischen Deutschland und Sowjetunion beinhalten sollte. Man wurde sich handelseinig. Deutschland überließ Finnland, Estland, Lettland, Litauen und den östlichen Teil Rumäniens der Sowjetunion. Haarklein wurde die Aufteilung Polens entlang der Flüsse Narew, Weichsel und San beschlossen. Der Nichtangriffspakt wurde am 23.08.1939 in Moskau vom deutschen Außenminister Ribbentrop und seinem sowjetischen Amtskollegen Molotow unterzeichnet.

Schon eine Woche später überschritten deutsche Truppen ohne eine Kriegserklärung die polnische Grenze.

Gleich nach der Unterzeichnung des Paktes stellte nicht nur die sowjetische, sondern auch die kommunistische Presse in allen westlichen Ländern jede Propaganda gegen den Nationalsozialismus ein. Polen wurde von nun an als faschistischer Staat bezeichnet, England und Frankreich galten wegen der Kriegserklärung an Deutschland als Aggressoren.

Am 09.09.1939 beglückwünschte Molotow die deutsche Reichsregierung zur Einnahme von Warschau durch die Wehrmacht. Am gleichen Tag äußerten die Deutschen ihr dringendes Interesse an einem sowjetischen Eingreifen in Polen. Am 17.09.1939 überschritt die Rote Armee die polnische Grenze, um sich den in der geheimen Zusatzklausel zum Nichtangriffsvertrag bestimmten eigenen Anteil der Kriegsbeute zu sichern. Nennenswerten Widerstand konnte die überraschte polnische Armee nicht leisten. Vor der Weltöffentlichkeit erklärte die Sowjetunion, das Eingreifen der Roten Armee sei zum Schurz der ukrainischen und weißrussischen Brüder und zu ihrer Befreiung vom polnischen Joch erforderlich gewesen. Dieser „Befreiung“ folgten Massenverhaftungen, Erschießungen, Deportationen und Enteignungen.

Als knapp zwei Jahre später der deutsche Botschafter Schulenburg dem sowjetischen Außenminister Molotow 1941 die Kriegserklärung überreichte, sagte dieser: „*Das haben wir nicht verdient*“. Stalins abgrundtiefe Enttäuschung über den „Verrat“ Deutschlands bestätigte seine Tochter Swetlana Allilujewa in ihren Erinnerungen: „*Er hatte nicht vermutet oder vorausgesehen, dass der Pakt aus dem Jahr 1939, den er als Resultat seiner eigenen Schlauheit angesehen hatte, von einem Feind gebrochen werden würde, der noch schlauer als er selbst war.*“ Selbst nach dem Krieg pflegte er, wie sich Allilujewa erinnerte, zu sinnieren: „*Zusammen mit den Deutschen wären wir unbesiegbar gewesen.*“

Aktualisierter und gekürzter Text von Gabriel Berger, Erstveröffentlichung in der „Taz“ am 06.10.1982, Seite 7

Haftbedingungen in Gera und Waldheim 1958–59

Am 21. März 1958 wurde ich als Jenenser Student im Alter von 22 Jahren verhaftet. Da wird man „zur Klärung eines Sachverhalts“ eingeladen und bekommt im nächsten Moment Handschellen angelegt. Im PKW ging es von Jena nach Gera. Nach der üblichen Aufnahme-prozedur (Ausziehen, Kontrolle aller Körperöffnungen) kam ich in eine Zelle, in der ich dann 205 Tage zugebracht habe. Die Zelle war zum größten Teil ausgefüllt von einer fest mit dem Mauerwerk verbundenen Holzpritsche, auf der man am Tage sitzen, aber nicht liegen durfte. Übrig blieb eine Fläche von etwa 2 m x 2 m, wo man endlich im Kreise gehen konnte. Kein Tisch, kein Stuhl. Durch ein kleines vergittertes Fenster gegenüber der Tür war ein Stückchen Himmel zu sehen. Auf der Pritsche stehend konnte ich über Dächer hinweg die Turmuhr des Geraer Rathauses erkennen. Auf der Pritsche durfte ich mich nicht aufhalten. Aber es war mir erlaubt, das Kippfenster zu öffnen und zu schließen, wozu ich eben hochsteigen musste. Natürlich habe ich das sehr oft getan.

Ein besonderer Gegenstand war der Kübel. Einen Kübel gab es auch später in der Strafvollzugsanstalt Waldheim, aber da konnte man einigermaßen bequem darauf sitzen. In Gera jedoch war das ein etwa 20 cm hoher gusseiserner Topf, angefüllt mit etwas Chlorbrühe, und es war recht problematisch, darauf seine Notdurft zu verrichten. Etwa zweimal pro Woche konnte ich allein in einer Parzelle des Gefängnishofs meine Kreise ziehen. Dort war kein Baum und kein Grashalm zu sehen, nur ein Betonfußboden und hohe Mauerwände ringsum.

Einmal war ich über drei Wochen gar nicht an der Luft. Papier und Bleistift gab es die ganze Zeit nicht, weder in Gera noch in Waldheim. In den ersten drei Monaten hatte ich keinen Briefkontakt mit meinen Eltern. Dann durfte ich einmal schreiben und auch einen Brief empfangen. In dem ersten Vierteljahr hatte ich auch kein Buch. Später kriegte ich gelegentlich mal eins in die Zelle gereicht, ohne Wahlmöglichkeit.

Meinen Anwalt habe ich in den 7 Monaten einmal gesehen und gesprochen, und zwar kurz vor dem Prozess. Nach DDR-Gesetz darf der Angeklagte einen Anwalt sprechen, sobald die Untersuchungen abgeschlossen sind. Wann das der Fall ist,

entscheidet die STASI, was also absolut willkürlich ist.

Überlebenswichtig in dieser Isolation war für mich der Klopfkontakt mit dem Nachbarn. Glücklicherweise lebte ich sieben Monate lang Wand an Wand mit Ludwig Götz, der dem Kern des „Eisenberger Kreises“ angehörte [stacheldraht 4/2015 S.10,11]. Jeder erlernt schnell das Prinzip: klopf =a, klopf-klopf=b usw. Aber dann haben wir uns ein eigenes Morsealphabet aufgebaut. Man kann ja an der Wand klopfen und kratzen, also hat man „Punkt“ und „Strich“. Zuerst vereinbarten wir, dass ein Strich den Buchstaben „e“ bedeutet, und nach und nach konnten wir jeden Buchstaben durch maximal vier Zeichen definieren. So konnten wir uns schließlich ganz flüssig „unterhalten“. Wenn wir beim Klopfen erwischt wurden, hieß es: „Matratzen raus“, und wir mussten eine Nacht oder auch mehrere Nächte auf blankem Holz schlafen.

Die Ernährung war sehr dürrtig und knapp. Erstmals in meinem Leben habe ich Hunger gelitten. Ich habe 15 Pfund abgenommen, andere bis zu 30 Pfund. Das weiß ich, weil wir später bei unserer Ankunft in Waldheim untersucht und gewogen worden sind. Einmal hatte ich starke Zahnschmerzen. Nach mehreren Tagen (vielleicht auch einer Woche) hat man mich mit der „grünen Minna“ zum Zahnarzt gebracht. Inzwischen war wohl der Nerv abgestorben. Die Schmerzen waren weg, und ich galt als Simulant. Die Anklageschrift konnte ich in der Zelle lesen und musste sie dann wieder abgeben. Natürlich konnte ich mir keine Notizen machen. Eine Besucherlaubnis gab es in der U-Haft nicht.

Bei den Vernehmungen saß man in der Ecke auf einem Hocker und wurde angeschrien oder, je nach Laune des Vernehmers, auch etwas weniger unfreundlich behandelt. Die eigenen Worte wurden einem im Munde umgedreht und ins Stasideutsch übersetzt. Wenn ich etwa von „Frau Müller“ gesprochen hatte, so las ich im Protokoll „die Müller“ und sollte unterschreiben unter dem Zusatz „... meine Worte sind darin richtig wiedergegeben.“ Schläge oder physische Folter habe ich nicht erfahren.

Nach dem Prozess kamen wir 6 gemeinsam Verurteilte – mit Strafen zwischen

1½ und 3½ Jahren – in eine Sammelzelle. Dieses Gefühl, nach 7 Monaten Isolation wieder unter Menschen und unter Freunden zu sein, ist unbeschreiblich. Ich zähle diesen Tag mit zu den glücklichsten in meinem Leben. Nach ein paar Tagen in der Sammelzelle hat man uns nach Waldheim transportiert. In Waldheim war das Leben wesentlich erträglicher als in Gera. Erst einmal konnten wir uns an trockenem Brot satt essen. Vor allem aber war man nicht mehr in Isolation. Wir waren zu dritt oder zu viert in einer Zelle. Die Zellengenossen konnte man sich natürlich nicht aussuchen. Arbeit gab es für uns zunächst nicht. (Auf Anfrage sagte der Kommandoleiter zu mir: „Wir lassen uns doch nicht von Ihnen die Arbeitskommandos versauen.“) Zwei meiner Freunde und Mitverurteilten waren auf der gleichen Etage untergebracht. Um einmal aus der Zelle herauszukommen und miteinander Kontakt zu halten, haben wir uns freiwillig zu der unappetitlichen Arbeit des „Kübelns“ gemeldet.

In Waldheim durfte man einmal im Monat einen Brief schreiben und einen empfangen. Dieser Brief war auf 20 Zeilen beschränkt, und in diesem Brief an meine Eltern musste ich nun auch noch ein paar Grußzeilen an meine Freundin unterbringen. Zum Briefschreiben wurde man in eine Schreibzelle geführt. Da gab es ein Blatt Papier, einen Federhalter, ein Tintenfass und eine begrenzte Zeit. Die Schreibfeder krakelte und kleckste. Besuchserlaubnis gab es alle drei Monate. Nur zum Geburtstag durfte man ein Paket empfangen.

Etwa fünf Monate lang habe ich in der Möbelfabrik Waldheim (innerhalb des Gefängnisses) gearbeitet. Arbeit brachte einige Vergünstigungen. Von dem Verdienst behielt 2/3 die Anstalt ein. Von dem restlichen Drittel konnte man einen Anteil für Einkäufe verwenden: Margarine, Keks, Apfelmus, sehr viel mehr hat es wohl nicht gegeben. Und man konnte eine Zeitung abonnieren. Im Prinzip gab es in Waldheim Kino, Gottesdienst, Volleyball, aber irgendwie sporadisch, zufällig, ohne feste Regel oder gar mit einem Anrecht darauf. Am 19. September 1959 konnte ich Waldheim verlassen.

Soweit meine Erinnerungen. Natürlich arbeitet das Gedächtnis nach mehr als 50 Jahren nicht mehr so ganz zuverlässig. Ich denke aber, dass mir kein grober Fehler unterlaufen ist.

Heinz Steudel,
geschrieben im Januar 2012

Nachruf

Gerald Wiemers ist tot

Am 13. November 2021 verstarb Gerald Wiemers im Alter von 80 Jahren in Leipzig.



Gerald Wiemers

Auf den Jahrestagungen der Lagergemeinschaft Workuta/GULag Sowjetunion war er ein regelmäßiger und gern gesehener Gast. Mit seiner freundlichen, bescheidenen Art widmete er seine ganze Aufmerksamkeit den ehemaligen GULag-Gefangenen. Denn sein unermüdlicher beruflicher und privater Einsatz galt dem System des sowjetischen GULags und damit einem Thema, das bis dahin nicht zuletzt aus

ideologischen Gründen viel zu wenig historische Forschung erfahren hatte. Insbesondere dem studentischen Widerstand in der Zeit der SBZ und der DDR widmete er seine wissenschaftliche Aufmerksamkeit. Aus Forschungsobjekten waren längst Freundschaften geworden.

„Das politische Engagement gegen das Vergessen ist nach wie vor notwendig. Gedenkreden, Gedenktafeln, Straßenbe-

nennungen nach Widerstandskämpfern oder Ausstellungen reichen nicht aus, um nachhaltig in das öffentliche Bewusstsein vorzudringen. Namen stehen für Personen. Viele haben ihr Leben verloren, andere sind an den Haftfolgen gestorben oder leiden noch heute darunter. All diese Menschen verkörpern konkrete Geschichte und sollten ganz selbstverständlich in den Lehrbüchern der allgemeinbildenden Schulen Eingang finden“, so schrieb Gerald Wiemers in der September 2007 Ausgabe von „Freiheit und Recht“ anlässlich der Verleihung des Verdienstkreuzes für die „Belter-Gruppe“. Gerald Wiemers war Archivar und Historiker aber ein ebenso wacher politischer Mensch.

Das mit den Schulbüchern ist noch ausbaufähig. Aber als Herausgeber und Publizist hat er maßgeblich daran mitgeholfen, dass die Schicksale der Studenten, die Widerstand gegen das kommunistische Regime geleistet haben, für die Nachwelt erhalten geblieben sind. Das Wirken und das Schicksal des Herbert Belters sind auch dank der unermüdlichen Arbeit von Gerald Wiemers nicht in Vergessenheit geraten.

Die Liste der Bücher, die von Gerald Wiemers herausgegeben wurden, ist lang. Sein letztes Buch über den ersten Vorsitzenden der Lagergemeinschaft Sigurd Binski hat er in enger Zusammenarbeit mit seinem Freund Generalarzt Horst Hennig herausgegeben.

Bei den Workuta-Treffen habe ich Herrn Wiemers trotz der ernsten Thematik immer als sehr humorvoll erlebt. Weiterhin war er ein Genussmensch, der die abendlichen Zusammenkünfte bei gutem Essen sehr geschätzt hat. Dem letzten Treffen der Lagergemeinschaft, das in Königswinter im Mai 2019 stattfand und mit dem Besuch am Grab Konrads Adenauers abschloss, überschrieb er treffend „Von Adenauer zu Adenauer“. Der Bogen war geschlossen. Nun ist auch das Leben von Gerald Wiemers abgeschlossen. Es war ein erfülltes Leben.

Die Lagergemeinschaft Workuta / GULag Sowjetunion wird Gerald Wiemers ein ehrendes Andenken bewahren.

Stefan Krikowski

Wir nehmen Abschied von Johannes Kirsch



Johannes Kirsch

Der Ehrenvorsitzende der VOS Chemnitz verstarb am 18. Dezember 2021 im Alter von 91 Jahren.

Als Vorstandsmitglied der VOS-Bezirksgruppe Chemnitz – Hohenstein-Ernstthal – Stollberg und als Mitglied im Bautzen-Komitee engagierte sich Johannes Kirsch beharrlich und besonnen für die Aufarbeitung des in der SBZ und in der DDR verübten Unrechts. Die Errichtung der Gedenkstele auf dem Kaßberg in

Chemnitz wäre ohne ihn nicht denkbar gewesen. Die VOS Chemnitz und der Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis e.V. halten dort jedes Jahr ihre ge-

meinsame Gedenkveranstaltung zum 17. Juni ab.

Am 17. März 1950 verurteilte ein Sowjetisches Militärtribunal Johannes Kirsch wegen angeblicher Militärspionage zu 20 Jahren Arbeitslager, weil er in einem Brief an seinen Onkel in Hamburg über das Leben in der Ostzone und – mehr aus Mitleid – über Soldaten der Roten Armee berichtete, die in seinem Heimatort stationiert waren und bei jedem Wetter durch Oberlungwitz marschieren mussten. Nach der Verurteilung folgten Haftstationen im Gelben Elend in Bautzen und in Waldheim.

Johannes Kirsch erlebte kurz nach seiner Ankunft in Bautzen den Häftlingsaufstand mit, bei dessen brutaler Niederschlagung er selbst verletzt wurde. Er erinnerte sich sehr genau an die miserablen Haftbedingungen, aber auch an den hilfsbereiten

Mathelehrer, von dem er viel lernte in dieser Zeit. Es zeichnete ihn aus, dass er seine Klugheit mit Bedacht einsetzte. So übermittelte er in Briefen an seine Mutter geheime Botschaften, indem er sie bat, den Fleischer und den Bestatter im Ort zu grüßen. Damit deutete er die Zustände im Gefängnis an.

Seine Entlassung erfolgte am 16. Januar 1954. Die Generalstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation rehabilitierte ihn im Jahr 2013.

Johannes Kirsch wurde für seine Korrektheit und Weitsicht von den Kameradinnen und Kameraden sehr geschätzt. Sein Wirken galt bis ins hohe Alter der VOS-Bezirksgruppe Chemnitz und dem Bautzen-Komitee. Er wird uns unvergesslich in Erinnerung bleiben.

VOS Chemnitz

Rainer Buchwald ist von uns gegangen

Rainer Buchwald ist nach langer, schwerer Krankheit am 15. Dezember 2021 für immer von uns gegangen, er ist friedlich eingeschlafen.

Rainer, alle nannten ihn Buchi, war zuletzt von einer weiteren Operation gezeichnet. Dennoch hat er bis zum Schluss an der Aufarbeitung des DDR-Unrechts gearbeitet, er schrieb Notizen zum Thema.

Schon als Kind durchlief er verschiedene Spezialkinderheime, Jugendwerkhöfe und Haftanstalten der DDR. So zum Beispiel das Jugendarbeitslager in Rüdersdorf (in dem er als Jugendlicher weggesperrt wurde und Zwangsarbeit verrichten musste), die Zuchthäuser Bützow und Bautzen. Er wurde für alle diese Zeiten von der Bundesrepublik rehabilitiert.

Sein besonderes Anliegen war die Aufarbeitung und die Erinnerungsarbeit des DDR-Unrechts, wofür er sich unermüdlich einsetzte. Ob es nun die Anbringung einer Stele am „Kindergefängnis“ in Alt-Stralau war oder die Gestaltung eines

Gedenkortes am Rodeliusplatz in Berlin-Lichtenberg. Man fand ihn bei sehr vielen Veranstaltungen, die der Aufarbeitung des DDR-Unrechts dienten. Hier stritt er stets für die Rechte der Opfer.

Vom 19. Mai 2010 bis zu seinem Tod war er stellvertretender Landesvorsitzender der Vereinigung des der Opfer des Stalinismus e.V., vom 3. März 2015 bis zum 31.5.2021 übernahm er Verantwortung als stellvertretender Bundesvorsitzender und Schatzmeister der VOS e.V.

Wir wünschen seiner Witwe Sieglinde Buchwald, den Kindern und Enkeln alles Gute und viel Kraft.

Buchi wir danken Dir und wir werden Dich vermissen. Im Geiste bleibst Du einer von uns.

Die Beisetzung findet am 11.02.2022 um 12 Uhr auf dem Markusfriedhof in Berlin-Lichtenberg statt. Anbei ein Bild



Foto: Rainer Buchwald

aus 2010 von einer DEMO im Bundestag, Buchi ist der 2. von rechts.

Hugo Diederich, Bundesvorsitzender
Berlin, 19.12.2021

VOS Bundesgeschäftsstelle
Vereinigung der Opfer des Stalinismus
e.V. Gemeinschaft von Verfolgten und
Gegnern des Kommunismus
Telefon: 030 265523 - 80 oder -81;
Fax: - 82
WEB: www.vos-ev.de
Mail: vos-berlin@vos-ev.de

In Memoriam Rainer Buchwald (1950–2021)

Mit Rainer Buchwald ist am 15. Dezember 2021 ein starker und aufrichtiger Charakter von uns gegangen. Allein durch seine Körpergröße füllte der gelernte Schmied den Raum. In seiner Präsenz war er unübersehbar und unüberhörbar. Und er wusste dies auch zu nutzen. Unvergessen ist das Bild von Rainer vor dem Marx-Engels-Denkmal in Berlin. Er hält ein Marx-Zitat in die Kamera, mit dem der „Klassiker“ zum „gewaltsamen Umsturz“ aufruft. Gewalt war Rainer Buchwalds Sache nicht. Zu oft war er selbst Opfer politisch motivierter Gewalt. Bereits als 12-Jähriger wurde der Berliner Junge als „Mitwisser einer Flucht“ in ein Spezialheim eingewiesen. 1967 wurde der Anhänger der westlichen Jugendmusikkultur in das selbst nach DDR-Recht illegale Arbeitslager Rüdersdorf (Thälmannstraße) eingesperrt. Weil er sich nicht brechen ließ, folgte der Jugendwerkhof Kloster Lehnin. Für eine kleine Zeichnung, die nichts weiter wiedergab, als das Gefühl des Eingesperrtseins, erhielt er „Nachschlag“ im Strafvollzugskommando

Berndshof bei Ueckermünde. Diese Repressionen haben Rainer die komplette Kindheit und Jugendzeit gekostet. Trotzdem hat er die Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung genutzt, um für die Anerkennung der Spezialheim-Insassen als Zeitzeuge und auch vor Gericht zu streiten. Nur wer ihn sehr genau kannte, konnte sich ein Bild davon machen, wie schwer es ihm fiel, sich Tag für Tag den quälenden Erinnerungen zu stellen. Wir verdanken ihm neben kleineren Aufsätzen und vielen recherchierten Dokumenten die ausführliche Untersuchung des illegalen Arbeitslagers Rüdersdorf (Thälmannstraße). Seinem langen Atem ist es mit zu verdanken, dass das Durchgangsheim Alt Stralau heute mit einer Stele markiert ist. Menschen, die ihn kannten, werden nun solche Gedenkzeichen, an denen er beteiligt war, auch mit seinem Namen verbinden. Seine Spuren verlieren sich nicht. Wir finden Sie an vielen Orten wieder.

Dieter Dombrowski
Bundesvorsitzender der UOKG

UOKG fordert Stasi-Aufarbeitung auch im Westen

Am 29. Dezember äußerte sich der Bundesvorsitzende der UOKG Dieter Dombrowski im Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND). Anlass war der 30. Jahrestag des Erlasses des Stasi-Unterlagen-Gesetzes. Das Gesetz habe sich bewährt und sei in seiner Art einmalig in der Welt. Dombrowski kritisierte, dass Mitarbeiter der Staatssicherheit im Westen nahezu unbehelligt geblieben seien, obwohl die Tätigkeit für einen ausländischen Geheimdienst für Westdeutsche strafbar gewesen ist. Gegen Dombrowski waren nach heutigen Erkenntnissen mindestens 15 Westdeutsche als Mitarbeiter des MfS eingesetzt. Andere Bürgerrechtler, die in den Westen gegangen sind, können ähnliches berichten. Es sei an der Zeit, dass sich Politik und Wissenschaften diesem Thema zuwenden.

Christian Sachse

Jugend im Kalten Krieg

In dem Sammelband der Erziehungswissenschaftlerin Prof. Meike Sophia Baader und Prof. Alfons Kenkmann (Didaktik der Geschichte) wird danach gefragt, wie sich der Kalte Krieg (1945–1990) auf das Leben Jugendlicher ausgewirkt hat. In Ost und West wurden sie von Parteien und Organisationen umworben.

Einem allgemeinen, anschaulichen und geschichtlichen Aufriss von Christoph Kleßmann folgen spezielle Kapitel, z.B. „Kalter Krieg im Kleinen“.

Philipp Müller (21 Jahre, FDJ-Mitglied) nahm im Mai 1952 an der nicht genehmigten „Jugendkarawane“, einer Friedenskundgebung gegen westdeutsche Remilitarisierung, in Essen teil. Nach Prügeleien und Warnschüs-

sen kam es zum Einsatz scharfer Munition durch die Polizei, wobei er tödlich getroffen und damit der erste Demonstrationstote in der jungen BRD wurde. Die DDR schlachtete dies ideologisch aus, erklärte Müller zum „antifaschistischen Widerstandskämpfer des sozialistischen Deutschland“ und organisierte Ehrenwachen. Straßen, Ferienlager, Kulturhäuser

trugen seinen Namen, ebenso LPGs und Kinderferienlager. Der Westen dagegen diffamierte sämtliche Demonstrationsteilnehmer als von der DDR instruierte Kommunisten.

Janin Klein wirft den Blick auf die FDJ-Jugendhochschule „Wilhelm Pieck“. Diese „Schule der Völkerfreundschaft“ bildete Jugendfunktionäre aus Afrika und Lateinamerika ausgebildet, um sie politisch zu unterstützen. Erinnert wird an das gute Zusammenleben, die gemeinsamen Aktivitäten und Feiern. „Gelebte Solidarität“ und Freundschaft zeigt das Beispiel des mexikanischen Paco Ruiz, der nach einem der stärksten Erdbeben in seiner Heimat viel Zuneigung und Wärme erhielt.

Kinder ehemaliger Vertriebener aus den Ostgebieten waren stark antikommunistisch geprägt, engagierten sich im Westen in der „Deutschen Jugend des Ostens“ (DJO) wollten den „Friedensstaat DDR“ enttarnen und sahen sich als „westliche Bastion“ gegen kommunistische Unterwanderung der Jugend. Als Mittel und Methoden eigneten sich kritische Artikel, Brieffreundschaften, Patenschaften oder die Betreuung junger „Übersiedler“. In einer Einzelaktion anlässlich des Kasseler Treffens von Bundeskanzler Brandt und Vorsitzenden des Ministerrats Stoph (Mai 1970) zerrissen zwei Mitglieder der DJO die DDR-Flagge öffentlichkeitswirksam vor den internationalen Medien. Echo aus der DDR: Die DJO sei die größte „neofaschistische Jugendorganisation.“ Sie wurde von der

Stasi bis Ende der 1980er Jahre observiert, zumal sie auch zum Stehlen von Selbstschussanlagen der innerdeutschen Grenze aufgerufen hatte.

Einen guten Einblick erhält der Leser/die Leserin in die kirchliche Jugendarbeit. Arndt Macheledt stellt heraus, dass an der friedlichen Revolution 1989 zahlreiche oppositionelle katholische Jugendlichen beteiligt waren.

Weitere Kapitel des Buches behandeln die westdeutsche Gewerkschaftsjugend (zum Teil kommunistisch unterwandert) und die westdeutsche Pfadfinderorganisation, die die kommunistische Ideologie als totalitär und antidemokratisch ablehnte. In westlichen und östlichen Kinowochen-schauen ging es nie um den Alltag, um so mehr um Themen des politischen Widerstands von Jugendlichen.

Die Autoren Baader, Koch und Kroschel analysieren die umkämpfte Kindheit und Jugend in den Bildungsmedien („sozialistische Persönlichkeit in Schule und Freizeit“). Entsprechende Schul- und Kinderliteratur unterlagen staatlicher Kontrolle. Trotz dieser Politisierung der Kindheit erwähnen heute viele fast immer „den Stolz auf das Halstuch der Jungen Pioniere“.

Fazit: Die deutsch-deutsche „Verflechtungsgeschichte“ am Beispiel der Jugend in Ost und West erzählt verständlich und kritisch hinterfragt von Einzelschicksalen, die in die gesellschaftliche und politische Gesamtkonstellation des Kalten Kriegs eingebettet sind.

Berthold Schäffner



Meike Sophia Baader/Alfons Kenkmann (Hg.): *Jugend im Kalten Krieg. Zwischen Vereinnahmung, Interessenvertretung und Eigensinn.* Vandenhoeck & Ruprecht unipress 2021, 428 Seiten

Der Rufer aus der Wüste

Wie 16 Merkel-Jahre Deutschland ramponiert haben. Eine Ansage aus dem Exil in Israel.

Chaim Noll wurde 1954 unter dem Namen Hans Noll in Ostberlin geboren. Sein Vater war der Schriftsteller Dieter Noll. Er studierte Kunst und Kunstgeschichte in Ostberlin, bevor er An-

fang der 1980er Jahre den Wehrdienst in der DDR verweigerte und 1983 nach Westberlin ausreiste, wo er vor allem als Journalist arbeitete. 1991 verließ er mit seiner Familie Deutschland und lebte in Rom. Seit 1995 lebt er in Israel, in der Wüste Negev. 1998 erhielt er die israelische Staatsbürgerschaft. Chaim Noll unterrichtet neben seiner schriftstellerischen Tätigkeit an der Universität Be'er Sheva und reist regelmäßig zu Lesungen und Vorträgen nach Deutschland

Unter Vervollkommnung versteht man in Deutschland fast immer Totalisierung.

Die alte Bundesrepublik, vierzig Jahre lang von den Vertretern gestandener Demokratien beaufsichtigt, war eine Hoffnung, die sich nicht erfüllt hat. Unter der anderthalb Jahrzehnte währenden Kanzlerschaft einer FDJ-Funktionärin ist Deutschland in seine alten Muster zurückgefallen. Die heutigen Machthaber, in hermetischen Apparaten aufgewachsen, vermissen nichts, für sie ist die Welt in Ordnung, ihre Demokratie perfekt. Es ist von neuem ein System, in dem man wegen einer abweichenden Meinung bestraft und für Mitläufertum belohnt wird.“ „Der Rufer aus der Wüste“ umfasst eine Auswahl von Kommentaren zum deutschen Zeitgeist und Zeitgeschehen, die Chaim Noll zwischen 2018 und 2021 veröffentlicht hat.



Der Rufer aus der Wüste; Herausgeber: Achtgut Edition; 1. Edition, 2021; Taschenbuch: 200 Seiten; ISBN-10 : 3982277116; ISBN-13 : 978-3982277110


Studienteilnehmer gesucht – „Spezifische Wirkfaktoren in Beratungsprozessen mit SED-Unrechtsoffern“

In dem Teilprojekt „Spezifische Wirkfaktoren in Beratungsprozessen mit SED-Unrechtsoffern“ an der Otto-von-Guericke Universität in Magdeburg geht es darum zu erforschen, welche Besonderheiten in der psychosozialen Beratung von SED-Unrechtsbetroffenen bestehen.

Ziel der Untersuchung ist es, durch das Erforschen der Beratungspraxis etwas darüber zu lernen, was die psychosoziale Beratung von SED-Unrechtsbetroffenen ausmacht, sie prägt und wie dies von den Ratsuchenden und Beratenden erlebt und gehandhabt wird. Im Zuge der Studie werden Interviews mit Beratenden und Ratsuchenden durchgeführt. Außerdem sollen Beratungsgespräche hospitiert werden, um die Beratungssituation so-

wohl „live“, als auch aus der Perspektive der Beratenden und der Ratsuchenden zu betrachten. Daten werden selbstverständlich vollkommen vertraulich behandelt.

Eine Teilnahme an dieser Studie ist möglich, wenn Sie beruflich in der psychosozialen Beratung mit SED-Unrechtsbetroffenen tätig sind, oder selbst bereits eine solche Beratung in Anspruch genommen haben, bzw. dies noch vorhaben, melden Sie sich gerne bei:

Florian Schoppe, M.A. Soziologie
E-Mail: florian.schoppe@med.ovgu.de
Telefon: 03641-9 39 80 40 (Koordination Verbundprojekt: Nico Schneider)
Weitere Informationen finden Sie unter:
www.sed-gesundheitsfolgen.de 

Zeitzeugen gesucht

Der Zeit-Geschichte(n) e.V. erarbeitet im Jahr 2022 eine Dokumentation zur Geschichte des Jugendhauses „Frohe Zukunft“ Halle (Saale) und sucht hierfür Zeitzeugen.

Die Jugendhaftanstalt, offiziell als „Jugendhaus ‚Frohe Zukunft‘“ bezeichnet, existierte von 1971 bis 1989. Mit bis zu 1500 männlichen, meist jugendlichen Häftlingen aus der gesamten DDR war das im Norden von Halle gelegene „Jugendhaus“ eine zentrale Institution der Sozialdisziplinierung der DDR.

Zeitzeugen, die aus unterschiedlicher Perspektive Auskunft zum Jugendhaus geben können, werden gebeten, sich beim Zeit-Geschichte(n) e.V. zu melden.

E-Mail: post@zeit-geschichten.de
Telefon: 0345 / 20 360 40 

Früheres Kaßberg-Gefängnis wird Gedenkstätte

Der Trägerverein will an die doppelte Diktaturgeschichte des Ortes in Chemnitz erinnern. Im Zentrum der Dauerausstellung im einstigen Gebäudeteil für den Häftlingsfreikauf sollen Schicksale ehemaliger politischer Gefangener stehen.

Für die meisten der insgesamt mehr als 33.000 politischen Gefangenen, die zwischen 1963 und 1989 von der Bundesrepublik aus der DDR freigekauft wurden, führen von hier aus die Busse in die Freiheit. Außerdem wird an Haftschicksale aus der Zeit des Stasi- und zuvor des NKWD-Untersuchungsgefängnisses erinnert.

In einem dritten Ausstellungsteil werden Lebensgeschichten von Häftlingen unterschiedlicher Opfergruppen erzählt, die während der Zeit des Nationalsozialismus im Kaßberg-Gefängnis schwerstes Unrecht erlitten.

Stiftung Berliner Mauer – Online-Auftritt im neuen Corporate Design

Die neue Website der Stiftung Berliner Mauer ist online. Nach einem Jahr Arbeit daran vereint die im neuen Corporate Design gestaltete Website alle Standorte der Stiftung: Neben der Gedenkstätte Berliner Mauer und der Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde gehören auch die East Side Gallery (seit 2018) sowie die Gedenkstätte Günter Litfin (seit 2017) und das Parlament

der Bäume (seit 2021) dazu. Außerdem erarbeitet die Stiftung ein Konzept für einen Bildungs- und Erinnerungsort am einstigen Checkpoint Charlie. Die neue Website gibt einen Überblick über die Themen und Aktivitäten der Stiftung als Kompetenzzentrum zur Berliner Mauer in der Hauptstadt.

Webseitenprojekt „Stasibesetzungen.de“

Der Prozess der Besetzungen und Auflösung der Stasi bis hin zur Öffnung der Akten verlief bei genauerer Betrachtung widersprüchlicher, als oft in einfachen Erzählungen wiedergegeben.

Nach wie vor stehen Fragen im Raum. Welche Rolle spielte die Stasi und welche staatliche Institutionen? Waren manche der Besetzer zu kompromissbereit oder gar manipuliert? Kann man überhaupt von Besetzungen sprechen?

Der Internetauftritt wird inhaltlich und technisch betreut vom Bürgerkomitee 15. Januar e.V., Berlin und von der Gesellschaft für Zeitgeschichte e.V., Erfurt.

Aufruf Zwangsarbeit – Häftlingsarbeit im Gefängnis Cottbus

Ehemaliger Gefangener sucht Haftkameraden zum Austausch: Gibt es noch weitere lebende Zeitzeugen, die über die Art und Weise der geleisteten Zwangsarbeit in Cottbus berichten möchten bzw. können?

Wenn ja, melden Sie sich bitte bei der Redaktion oder bei Helmut Schröder, Eugen-Richter-Straße 42, 99085 Erfurt.

UOKG-Beratungsstelle

Ruschestra. 103, Haus 1, 10365 Berlin
Fax (030) 55 77 93 40

Martina Kegel, Juristin
Di, Mi, Fr, 10–12 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 53
E-Mail kegel@uokg.de

Cornelia Kurtz
(Thema DDR-Zwangsadoption)
Mo, Do, Fr, 11–15 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 54
E-Mail behr@uokg.de

Beratungstermine nur nach telefonischer Absprache.

Das Projekt wird gefördert vom Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Berlin.

Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Ruschestra. 103, Haus 1, 10365 Berlin
Tel. (030) 55 15 28 58
E-Mail bsv-beratung@gmx.de

Elke Weise, Juristin
Di, 12–18 Uhr; Fr, 11–16 Uhr

Für persönliche Beratungen wird telefonische Anmeldung empfohlen.

Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im März Geburtstag haben

Rudolf Hannebauer, Manfred Smala am 5. März, Erwin Wüst am 12. März, Wolfgang Schirner am 13. März, Brigitte Durineck, Joachim Winkler am 15. März, Peter Stimming am 23. März, Dr. Karl-Dietrich Rösch am 25. März, Gerd Sommerlatte am 27. März

Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben

Gerd Ahnert, Helmuth Astler, Jürgen u. Christ. Baumgart, Uwe Behne, Walter Bengel, Barbara Berger, Gerold von Busse, Erwin Donner, Hanne-Lore Enigk, Dr. Wolf Erler, Eberhard Fischer, Günther Heilmann, Gert-Holger Kubigk, Peter Menzel, Dr. Andreas Maercker, Gesine Naundorf, Horst Opitz, Hans-Christian Schneider, Fritz Schüler, Detlef Sens, Harald Steinke, Klaus-Joachim Surma, Lothar Rühl

Stacheldraht-Konto: BSV Förderverein
Konto-Nr. 665 52 45 01

BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG
IBAN: DE58 1007 0848 0665 5245 01
BIC: DEUT DED B110

Verwendungszweck:
„Stacheldraht-Spende“

Das Zitat

Der Geist der Wahrheit und der Geist der Freiheit, dies sind die Stützen der Gesellschaft.

Henrik Ibsen

BSV-Förderverein für Beratungen
(ehemals Bund der Stalinistisch Verfolgten)
Geschäftsstelle: Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin

Vorsitzender: Ekkehard Schultz
Sprechzeiten s. S. 19
Telefon (030) 55 15 28 58
E-Mail: bsv-beratung@gmx.de
Konto: BSV-Förderverein für Beratungen
IBAN: DE85 1007 0848 0665 5245 00
BIC: DEUT DED B110

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

Tel. (030) 55 77 93 51, Fax -40
Bundesvorsitzender: Dieter Dombrowski
Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 19
Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin
Internet: www.uokg.de
E-Mail: info@uokg.de
UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,
Deutsche Bank, BLZ 100 700 24
IBAN: DE79 1007 0024 0734 2728 00
BIC: DEUTDE33HAN

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

Redaktion: Dr. Henning Pietzsch, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31, E-Mail: der-stacheldraht@uokg.de

Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110



Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien



Gefördert von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien

Herstellung: Satzherstellung Neymanns, Föttingerzeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24, E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com

Verkaufspreis 1,- Euro

Bezug über die Redaktion

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 21. Januar 2022

